

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: dreimonatlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verordnungs-Beilagen. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonietzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 25. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Tag des Volksgerichts!

Der Tag des Volksgerichts ist gekommen. Das Volk hat heute sein Urteil über das politische Programm abzugeben, unter dem die Regierung, und der konservativ-liberale Regierungsbund den Wahlkampf geführt haben.

Der Reichstag wurde aufgelöst, die „Wande“ nach Hause geschickt, weil die Mehrheit der Regierung nicht die Kolonialarmee bewilligen wollte. Die Regierung beging dabei eine grobe Täuschung. Sie tat als ob die Kriegslage in Südwestafrika eine Verminderung der Truppenzahl für absehbare Zeit nicht zulasse. Sie ließ sogar noch am 13. Dezember erklären, daß die Zahl der kämpfenden Hottentotten gerade jetzt größer sei als vorher! Dabei mußte die Regierung wissen, daß die Hottentotten sich bereits Ende Oktober gestellt hatten und die letzten Formalien des Friedensabkommens unmittelbar vor dem Abschluß standen!

Man wollte eben den Krieg mit der Volksmehrheit!

Man provozierte die Auflösung, um den Freisinn durch das Zertrüßeln der Regierungsfähigkeit noch tiefer in den Sumpf politischer Korruption hineinzulocken und endgültig für eine **unerfahrene und skrupellose Weltpolitik**

eingzufangen!

Die Regierung jagte die Wande nach Hause, weil nur die Regierung, nicht aber die Volksvertretung eine politische Verantwortlichkeit trage!

Also nicht das Volk und seine Vertreter, sondern die Regierung trägt die Verantwortung! Wer aber ist diese Regierung? Hat das Volk die Minister an ihre Stelle gerufen? Sind sie dem Volke Rechenschaft schuldig?!

Nein! Eine einzige Person beruft und verabschiedet die Minister völlig nach Gutdünken! Die Minister können, wie Pöbblis, bleiben trotz des Entrüstungsturmes des ganzen Volkes; sie können über Nacht stürzen, ohne daß das Volk je den Grund erfährt!

Das ist die „allein verantwortliche“ Regierung!

Die jeweilige „Regierung“ ist also eine völlig verantwortungslose „vorübergehende Erscheinung“; hinter der sogenannten Regierung steht einzig das

persönliche Regiment!

Der Kampf gilt also dem persönlichen Regiment! Wer nicht will, daß auch fürderhin in jeder wichtigen Frage die Volksvertretung einfach ausgeschaltet wird, wer dagegen wünscht, daß für das Schicksal des deutschen Volkes

der Wille des Volkes das oberste Gesetz

sei, wie in allen anderen modernen Kulturstaaten, der muß den Regierungsbund von den Konservativen bis zum Freisinn mit aller Energie bekämpfen, der darf nur einem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben!

Aber es gilt nicht nur den Kampf um das politische Selbstbestimmungsrecht des Volkes, es gilt diesmal mehr denn je den Kampf gegen politische Knechtung und soziale Ausbeutung!

Das Silberpunschmanifest des Reichskanzlers beleuchtete die Situation mit dem blendenden Lichte eines Scheinwerfers. Dies Wahlmanifest Bülow's war an den General Liebert gerichtet, machte ihn gewissermaßen zum obersten Leiter der Wahlkampagne für die Regierung und den Regierungsbund!

General Liebert aber ist der

Generalissimus des Reichslügenverbandes!

Sowohl als Offizier wie als Leiter und Organisator des Reichslügenverbandes hat er sich als Organisator und Förderer des Streikbruchs hervorgetan. Er ist bekannt als

Protector des Streikbrechertums!

Und dieser Mann, der Gönner und Schirmherr aller „Gelben“ ist zugleich begeisterter Anhänger der Theorie von einem „frisch-fröhlichen Kriege“, hat er doch noch 1906 erklärt, daß er nicht Offizier geworden wäre, wenn er gewußt habe, daß Deutschland 30 Jahre lang Frieden haben werde! Diesen Mann hat der Reichskanzler mit der Führung des Wahlkampfes gegen das Volk betraut!

Aber das Wahlmanifest des Kanzlers beherrschte auch das agrarische System des Zoll- und Fleischwuchers!

Auf zehn Jahre sei diese Politik festgelegt! Und trotzdem sagte sich der Freisinn nicht los von diesem Regierungsbund, vielmehr kämpfte er gemeinsam mit Fleischwuchern und Reichsverbändlern mit allen Mitteln der Verleumdung und der Niedertracht gegen das deutsche Proletariat und alle Nichtbesitzenden!

Gelingt es dem konservativ-freisinnigen Regierungsbund, eine Mehrheit im Reichstage zu erlangen, so steht dem Volke eine

Ära beispielloser Ausplünderung und Knechtung

bevor!

Die Heeres-, Flotten- und Kolonialausgaben werden dann ins ungeheuerliche anwachsen! Zu den Hunderten von Millionen für unsere Kolonien werden dann

neue Milliarden für die Flotte

treten! Zu dem Brot- und Fleischwucher werden dann neue unerträgliche Verbrauchsabgaben und Steuern kommen: eine neue Biersteuer, eine Wehrsteuer usw. Damit aber das Volk gegen diese Politik der Massenausplünderung nicht aufbegehren kann, wird man ihm auch noch seine letzten kümmerlichen politischen Rechte zu nehmen versuchen. Der Kanzler selbst drohte mit dem Degen Bonapartes, dem Staatsstreich! Die konservativ-liberale Reaktion lauert nur darauf, dem Volke

das Reichstagswahlrecht zu rauben!

Aber nicht nur die politischen Fundamentalrechte des Volkes stehen auf dem Spiele, sondern auch den Berufsorganisationen des Proletariats droht schwerste Gefahr! Man will nicht nur den Krankenkassen ihre Selbstverwaltung rauben, man will auch die freien Gewerkschaften knebeln und zertrümmern! Die Regierung selbst hat es ja erst letzter Tage angekündigt, daß die schmachvolle

Anti-Gewerkschaftsvorlage,

dies nach russischem Rezept verfertigte neue Sachthausgesetz, wiederkehren wird!

Das Ausbeutertum aller Richtungen hat sich diesmal um das Banner der Regierung, um die Standarte des vom Scharfmachtum ausgehaltenen Reichslügenverbandes geschart!

Ob konservative Armutjunker, ob nationalliberale Schlotbarone, ob antisemitische Mittelstandsbeschwindler, ob freisinnige Schönschwämer: alles hat sich diesmal zusammengefunden zu der

einen reaktionären Masse!

Kein Wähler der nichtbesitzenden Klasse, kein Arbeiter, kein Handwerker, kein kleiner Geschäftsmann darf anders wählen als

sozialdemokratisch,

wenn er sich nicht selbst die Schlinge zur Erdrosselung um den Hals legen will!

Und was von Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und Freisinnigen gilt, gilt selbstverständlich auch vom Zentrum, der Schutztruppe des Brot- und Fleischwuchers, der Partei der Schulverfassung und Volksverdummung und des demagogischen Volksbetruges!

Alle Mann an Deck! Schmach jedem Wahlschwänzer!

Vorwärts für des Volkes Wohlfahrt und Rechte!

Nieder die Reichslügenverbändler!

Nieder die weltpolitischen Phantasten!

Nieder die Flottenfere!

Nieder die Staatsstreicher und Wahlrechtsräuber!

Nieder die Mächler des Koalitionsrechts!

Nieder die gesamte Reaktion!

Vorwärts für die menschheitbefreiende Sozialdemokratie!

Wahlschlacht.

Sie riefen Euch. Drum drauf und dran!
Das Vaterland zu retten,
Schwärmt aus, „Elende“, Mann für Mann
In losen Schützenketten!
Fürwahr, wer heut das Spiel verlor,
Verdient, daß man ihn knechte,
Arbeiterbataillone, vor!
Und kämpft für Eure Rechte!

Nur Feinde rings! Wie wohl das tut!
Man kennt ja das Gelichter.
Die Maske fiel. Und das ist gut!
Nun sieht man die Gesichter.
Der Freisinn stammelt, Arm in Arm
Mit Kanzler und mit Junker,
Vom Vaterland — daß Gott erbarm! —
Das alberne Geflunker.

Vom Vaterland! Den Droschkengaul,
Den kitzelt's in der Nase.
Ist etwas wo im Staate faul,
Ertönt die alte Phraze.
Wer hätte nicht so viel Verstand,
Daß er sie recht verstände?
Man redet stets vom Vaterland
Und meint die Dividende.

Der ganze liberale Block
Hat Eines nur vergessen:
Das Hemd ist näher als der Rod;
Wer hungert, der will essen.
Was kümmern Euch in Afrika
Die armen Hottentotten?
Noch gibt's genug der Kaffern ja
In Deutschland auszurotten!

Den Schild vor Euer heilig Recht!
Der Sturm rauscht in den Blättern.
Vorant mit Volldampf, dies Geschlecht
Von Heuchlern zu zerfchmettern!
Und ausgerauft das Giftgewächs!
Schmeckt bitter auch die Pille,
Zeigt ihnen, daß suprema lex
Allzeit des Volkes Wille!

Crif.-Crif.

Wahlkampf.

Wähler! Geht rechtzeitig zur Wahl!

Wer

um 7 Uhr nicht gewählt hat,
verliert das Wahlrecht und wenn er stundenlang vorher im
Wahllokal gewesen wäre!

Bei großem Andrang in den Abendstunden
können die zuletzt Kommenden das Wahlrecht verlieren!

Geht deshalb möglichst früh zur Wahlurne!

Wählt möglichst in den Morgenstunden!

Mittelt die Wahlsaulen auf!

Die Gegner arbeiten feberhaft und strapesslos!

Es gibt keine sicheren Wahlkreise!

Auf eine Stimme kann es ankommen!

Vergißt die Legitimationspapiere nicht!

(Das sind Militärpapiere oder polizeiliche Anmeldeungs-
bescheinigung, oder Mietkontrakt und Mietsquittung, oder
Invalidentversicherungskarte, oder Krankenkassenbuch u. a. m.)

Jeder Wahlvorsteher kann Wähler ohne Legiti-
mation zurückweisen! Ueber nachträgliche
Holen der Legitimation kann der Schluß der
Wahlzeit herankommen oder es kann starker
Andrang das rechtzeitige Abgeben des Stimmzettels ver-
hindern!

Feuert die Säumigen an!

Sichert Euch Euer Wahlrecht!

Nützt Euer Wahlrecht als Waffe gegen Unterdrückung und
Ausbeutung!

Eine Stimme zu wenig kann die Niederlage bedeuten! Eine
Stimme kann den Sieg entscheiden.

Wahlresultat-Telegramme

ersuchen wir die Wahlkomitees der einzelnen Wahl-
kreise am Freitagabend bis spätestens 11 Uhr abzusenden an
die Adresse:

Dringend. Sozialdemokrat, Berlin.

Teilresultate bitten wir nur dann zu senden,
wenn bis 11 Uhr das Gesamtergebnis nicht zu erhalten ist.

Spätere Telegramme finden in der Extraausgabe von
Sonnabend mittag Aufnahme. Sie müssen spätestens 7 Uhr
morgens abgesandt werden. —

Eine Staats- und Wahlfaktion.

Mannheim, 24. Januar.

Privattelegramm.

In den Räumen der „Volksstimme“ und den Woh-
nungen ihrer drei Redakteure wurde heute Haus-
suchung gehalten. Die drei Redakteure wurden einer Leibes-
visitation unterworfen. Gesucht wurde nach dem Original
und dem Klischee des in der gestrigen Nummer der „Volksstimme“
veröffentlichten Bildes, nach dem Manuskript des begleitenden
Textes und nach Korrespondenzen über die Angelegenheit. Ge-
funden wurde nichts. Veranlaßt wurde die Aktion durch einen
Antrag des Schutztruppenkommandos.

Das Bild, das es dem Schutztruppenkommando angetan hat,
stellt eine Hinrichtungsszene dar „nach einer in
Afrika aufgenommenen Momentphotographie“. An einem langen Baumast, der am freien Ende gestützt ist, hängen
neben einander sechs Regier-, Schutztruppener verschiedener
Grade betrachteten die grauliche Gruppe.

Das Bild ist ein Gegenstück auf die wässrigen Bilderbogen-Flug-
blätter der „nationalen“ Parteien. Der begleitende Text sagt:

„Das von den Herren Wendelssohn, Schwabach, Vallien
finanziell angehaltene Konfession zum Vertrieb patriotischer
Wahlbilderbogen arbeitet ganz nach dem Vorbilde jener
Endeleien, in denen durch bildliche Darstellung von Ritual-
morden oder Kirchenschändungen unwissende Bauern zu Juden-
hagen aufgereizt werden sollen. Die lokalen Kriegsbilder,
mit denen die Russen in den japanischen Krieg zogen, sind
künstlerische Gemälde gegen die illustrierten Flugblätter, welche
die Veraburger jetzt in Millionen dem deutschen Volke ausbringen.
Alles ist im Stil des „Scharfrichter Krants“ und ähnlicher Hinter-
treppenromane geschrieben und gezeichnet. Die Mache ist zu
plump und blödsinnig. Wenn z. B. ein Bild Singer, Bebel,
Noeren, Erzberger darstellt, wie sie über die Leichen der in Afrika
gefallenen deutschen Soldaten grinsend lachen, so sieht das auf
denjenigen Niveau geistiger und sittlicher Würde wie etwa die
Bilder der russischen Schwarzen Bande, die zeigen, wie die
Juden sich an der Hinrichtung der Christen von Kischinev er-
götzen.“

Daß die Sozialdemokratie sehr wohl in der Lage ist, Ver-
gehung zu über und den gemalten Lügen und Verleumdungen
ebenso viele künstlerisch gezeichnete oder photographisch getreue
Schildernngen der Verbrechen unserer weißen Afrikaner entgegen-
zusetzen, das können unsere Leser aus der nebenstehenden Ab-

bildung ersehen, einer einzigen aus der langen Reihe von photo-
graphischen Momentaufnahmen unserer „Kulturarbeit“ in Afrika,
die ein deutscher „Afrikaner“ aus unseren Kolonien mit nach Hause
gebracht hat. . .“

Was Strafbares an dieser Wiedergabe der photographi-
schen Wahrheit sein soll, ist vorläufig noch das Geheimnis der
Mannheimer Staatsanwaltschaft und des Schutztruppenkommandos.
Wollen diese amtlichen Stellen etwa durch ihre Aktion zu verstehen
geben, daß sie die Wahrheit des Bildes bezweifeln? Dann werden
sie sich bald genug überzeugen müssen, daß sie zu Unrecht ge-
zweifelt haben. Es liegen sich noch viele Aufnahmen ähnlicher
und schrecklicherer Sujets reproduzieren, und es müßte uns ver-
wundern, wenn dem Schutztruppenkommando das nicht bekannt sein
sollte. Doch das wird sich ja bald herausstellen.

Wenn die Gegner aber verneinen sollten, durch diese Aktion
gegen die „Volksstimme“ ihre Aktien steigen lassen zu müssen, so werden
sie sich arg verrechnen. Der denkende Wähler wird vielmehr
folgendes nebeneinander stellen:

Die „nationalen“ Parteien konnten unbehindert die tollsten
Entstellungen des wahren Sachverhalts in Millionen gebildeten
Flugblättern verbreiten, sie durften unbehelligt schamlose Ver-
leumdungen im Wilde — wie das oben erwähnte, das Singer,
Noeren, Bebel und Erzberger grinsend vor einem Haufen Leute
deutscher Soldaten zeigt — in die Wählermassen werfen.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ zu Mannheim aber
gab eine in Afrika aufgenommene Momentphotographie, gab die
Wahrheit wieder und sie wird behauptet und verfolgt.

Die Wähler werden daraus ihre Schlüsse ziehen und diese
Schlüsse werden der Sache der „nationalen“ Parteien und der
Kolonialpolitik sicherlich nicht günstig sein!

Uebrigens hat unser Mannheimer Organ die Aktion schon vor-
ausgesehen. Es schrieb in derselben Nummer, in der es die Photo-
graphie reproduzierte:

„Die Angst vor der Afrikanerwahrheit hat die Staatsanwaltschaft
gegen uns auf die Beine gebracht. Sie schadet nach dem Original
der Momentaufnahme deutscher „Kulturarbeit“ in Afrika, das in
unserem heutigen II. Blatt in klischer-Reproduktion wiedergegeben
ist. Dabei wird unterstellt, die Aufnahme sei auf irgend einem
unreellen Weg in unseren Besitz gelangt. Wir stellen demgegenüber
mit allem Nachdruck fest, daß gegen die Art und Weise, wie uns die
Wiedergabe der Bilder ermöglicht wurde, vom rechtlichen und
moralischen Standpunkte nicht das geringste einzuwenden ist und
daß wir gegen jeden Schritt, den die Behörden unternehmen sollten
in dem Bestreben, die Afrika-Wahrheit im Angesichte der Wahlen
zu unterdrücken, alle uns zu Gebote stehenden Rechtsmittel
ergreifen werden.“

Der Aufschlag auf das Koalitionsrecht!

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemüht den Umstand, daß wir sie
in unserem Donnerstag-Leitartikel mit der „National-Zeitung“ ver-
wechselten, um uns ein Schwindelmandat vorzuwerfen. Nun ist es
in diesem Falle in der Sache sehr gleichgültig, ob die Verwe-
rung, daß der Gesetzentwurf über die Rechts-
fähigkeit der Berufsvereine im neuen Reichstag
wiederlehre und daß sich auf ihn der kommende Geset-
zentwurf über die Arbeitskammern aufbauen werde —
was bekanntlich bedeutet, daß die Arbeitskammern den
Arbeitswilligen, den selben überantwortet
werden, daß die Klassenbewußten Arbeiter, die in den
Gewerkschaften organisierten Arbeiter von der
Vertretung in diesen Arbeitskammern ausgeschlossen werden —
ob diese Aeußerung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ oder in der
„National-Zeitung“ gestanden hat. Daß die „National-Zeitung“
über die Absichten der Regierung sehr gut und zu-
treffend informiert ist, verrät die „Norddeutsche
Allg. Ztg.“ übrigens selbst, indem sie in ihrer Notiz lediglich
fragt, wenn sie das gesagt haben soll, aber kein Sterbens-
wörtchen darüber anhebt, ob die Regierung die behaupteten Ab-
sichten hat oder nicht! Könnte das offiziöse Blatt verneinen, es würde
das unbedingt tun!

Dieses Gerumbrüden um das wichtigste der Sache ist auch eine
Aeußerung und zwar eine sehr deutliche!

Die Meldung der „National-Zeitung“ ist somit offiziös
bestätigt!

Arbeiter, verteidigt Euer Koalitionsrecht! —

Reichslügenverband-Manier.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hat die von uns gekennzeichnete
Lüge über den Genossen Singer nicht zurückgenommen, sondern be-
hauptet frech und froh, die Rede, die von ihr gemeint werde,
sei nicht auf der Ständeburger Gemeindevorstanderkonferenz
zu Berlin im Jahre 1900, sondern in einer Versammlung
zu Halle im November 1903 gehalten, und damals habe sie
bereits den Vorgang genau so wie diesmal nach der „Halleischen
Zeitung“ mitgeteilt.

Ob die „Nordd. Allg. Ztg.“ schon 1903 dieselbe Lüge gebracht
hat, nimmt ihr nichts von ihrer Eigenqualität. Kengstlich hält sie
das vornehme Regierungsblatt natürlich, die Stelle, die wir aus
der Rede Singers von 1900 gegeben haben, auch nur auszugswiese
anzudeuten. Mit gutem Grunde, denn wenn die Leser des Völ-
kblattes diese Stelle kennen lernen würden, so müßten sie sich selbst
sagen, daß ein Mann, der für den Bau billiger
Wohnungen für die Arbeiterschaft durch die
Gemeinden eintritt, nicht den Unfuh gesagt haben kann, den

ihn die Lüge der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ 1903 in
Halle sagen läßt.

Die Redaktion des „vornehmen Regierungsblattes“ weiß
natürlich das ebenso gut wie jeder Mensch mit einiger Urteilskraft.
Aber sie darf in diesem Falle von ihrem Intellekt nur zur Fälschung
Gebrauch machen. Der Wahlkampf heiligt dem Kanzlerblatt die
schmutzigsten Mittel.

In derselben Nummer bringt das Blatt eine Reihe gruslicher
Geschichten von sozialdemokratischem Terrorismus. Beiichte
besehen, ergibt sich, daß diese Geschichten Zwischenrufe, wie sie
in jeder Versammlung vorkommen, in denen temperamentvolle Leute
anwesend sind, und das Verlangen nach Bureauwahl zum
Versuch der Versammlungssprengung um lägen. Die Absicht, die
Gegner zu verprügeln, wird daraus festgestellt, daß — die tapferen
„Nationalen“ ganz umtöte Angst vor der natürlich nicht ganz
saunfromm-süßen Menge der Sozialdemokraten gehabt haben!

Daß Sozialdemokraten tätliche Angriffe auf politische
Gegner verübt hätten, wird nur in einem Fall behauptet, und da
liegt die Lüge allzuoft zugage. Es handelt sich um den Fall des
Rechtsanwalts Brederod, des reaktionären Kandidaten im dritten
Berliner Wahlkreise. Die Lüge, daß der Herr in einer sozialdemo-
kratischen Versammlung, in der Genosse Heine sprach, bedroht oder
gar angefallen sei, wird heute im lokalen Teil unseres Blattes in
ihrer ganzen Gemeinheit dargelegt. Hier soll nur erwähnt werden,
daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Lüge noch vergrößert! Während
ein Flugblatt der vereinigten Reaktionen des Kreises lediglich läßt,
daß der Herr Rechtsanwalt bedroht worden sei, weiß die „Nordd.
Allg. Ztg.“ zu erzählen, ihm sei ein Augenglas zerfchlagen und
eine Wunde am Hinterkopf beigebracht worden!

Das Regierungsblatt hätte sich wenigstens vorher mit den
Flugblattschreibern verständigen müssen, damit es nicht durch diese
seine Verbündeten als Lügnerin erklärt würde!

Die Lüge wird übrigens auch schon dadurch als solche erwiesen,
daß die Versammlung ruhig bis zu Ende tagen konnte. Bei der
bekanntem Schneidigkeit der Berliner Polizeileutnants hätte sie
selbstverständlich nicht einmal eine ernsthafte Bedrohung des
reaktionären Redners überlebt, geschweige einen tätlichen Angriff auf
den Herrn!

Von dem Terrorismus, der von den — „nationalen“ Arbeitern
der Völligkeit hätte gegen sozialdemokratische Flugblattverbreiter
ausgeübt wurde, von der Maßregelung von Arbeitern dieser
Hütte, weil sie Flugblätter angenommen und die Flugblatt-
verfeiler nicht nach dem Befehl der Hüttenmeister
mihandelt haben, davon weiß die „Nordd. Allg. Ztg.“ natür-
lich nichts.

Sie weiß auch nichts davon, daß in einer konservativen Ver-
sammlung zu Burg im Wahlkreis Kottbus-Spremberg
Sozialdemokraten, die nicht getan hatten, als uns Wort zu bitten,
unter den Augen des völlig teilnahmslos bleibenden konservativen
Kandidaten v. Dirksen und des konservativen Bureau von
sanatidischen Konservativen mihandelt worden sind. Sie weiß
auch nichts davon, daß ein Sozialdemokrat, der in der Ver-
sammlung der „Nationalen“ im Wahlkreis Birsh-Schubin
uns Wort hat, um dieses Verbrechens willen mihandelt und dann
hinweggeworfen wurde — unter den Augen der Polizei, der es trotz
seiner Aufforderung nicht einfiel, ihn zu schützen.

Von all diesen und zahlreichen ähnlichen Fällen der Mifshand-
lung sozialdemokratischer Versammlungsbesucher und sozialdemo-
kratischer Flugblattverbreiter weiß die „Nordd. Allg. Ztg.“ nichts.

Oder sie steht auf dem Standpunkte, daß die Mifshandlung von
Sozialdemokraten durch „Nationalen“ „nationale Lat“ ist, der
Anschluß eines Sozialdemokraten aber in „nationaler“ Verjam-
lung ein schweres Verbrechen.

Auch das ist dem Blatte der Regierung zuzutrauen!

Eisenbahner, wählt rot!

Uns wird geschrieben:

„Die Eisenbahnbeamten sind im Auftrage des Eisenbahn-
Ministers angewiesen worden, sich an den Wahlen zu beteiligen.
Damit jeder dazu Gelegenheit habe, würden die Bureau Freitag
schon um 2 Uhr geschlossen. Es bleibe jedem überlassen, ob er
einen Konservativen oder einen Liberalen wähle, nimmerechtere
aber diese die Stimme für die Unstärkpartei abgegeben werden.“

Diese Wahlbeeinflussung, die die Regierung sich hier gegen die
Eisenbahner erlaubt, steht auf derselben „stittchen“ Höhe, wie
die Vergewaltigung von Arbeiterwählern durch Großindustrielle
und Großgrundbesitzer! Der Staat hat natürlich ebensowenig
Anspruch auf die Heberzeugung der Beamten und Staats-
arbeiter, wie der Privatunternehmer auf die Heberzeugung
„seiner“ Arbeiter. Der Staat laßt die Arbeitskraft,
nicht den ganzen Menschen! Der Staatsbeamte und Arbeiter
ist kein rechtloser Sklave, sondern außer Dienst ein
allen anderen Bürgern Gleichberechtigter. So sollte es wenigstens
in einem Kulturstaate sein. Und in Deutschland ist es glücklicher-
weise bei den Reichstagswahlen so! Denn die Wahl ist
geheim und das Wahlscheitern ist gesetzlich geschützt! Die
Abstimmung für den sozialdemokratischen Kandidaten ist für den
Beamten und Staatsarbeiter durchaus gefahrlos!

Eisenbahner, Staatsbeamte und Arbeiter, nützt die Reichstags-
wahl. Stimmt rot!

Gefegnet sei die Reichstagswahl!

Eine Korrespondenz teilt mit:

In Rücksicht auf die bestehenden Leerverhältnisse sind der
Königlichen Eisenbahndirektion in Berlin Mittel zur Bewilligung von
Unterstützungen an bedürftige Hilfsbedienstete
und Arbeiter zur Verfügung gestellt worden. Bedienstete
mit Kinderreichen Familien und solche, die infolge von Krank-
heiten usw. sich in besonders hilfbedürftiger Lage befinden, sollen
vorzugsweise bedacht werden. Wie wir weiter erfahren, kann zu-

Wahltag! Erfüllt die Wahlpflicht!

künftig allen Arbeitern der Staatsbahnverwaltung im inneren, im Verhältnisse- und Betriebsdienste bei Erholungsurlaub auch freie Fahrt gewährt werden.

Gegenwartig ist die Reichstagswahl! wird mancher Unterbeamte und Arbeiter denken: So fällt doch einmal etwas für uns ab! Vor der Wahl! Damit aber auch nach der Wahl die Fürsorge nicht erkalte, ist die Abstimmung für den sozialdemokratischen Kandidaten rätlich!

Von der Partei der Nichtwähler.

Das Berliner Tageblatt meldet: Die Mitglieder des Lehrkörpers der Berliner Universität sind, wie wir erfahren, dahin übereingekommen, diesmal vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen.

Dass die Herren Professoren erst beschließen müssen, diesmal ihre Staatsbürgerpflicht vollzählig zu erfüllen und dass sie das auch noch publizieren lassen, ist ein wertvoller Beitrag zur Kennzeichnung dieser geistigen Führer der Nation! Und diese Herren erheben Anspruch darauf, politisch besser beschlagen zu sein, als der Arbeiter, der womöglich seit Jahrzehnten am politischen Leben teilgenommen hat!

Zentrums-Wahlwache.

Im Kreise Köln-Land versendet die Zentrumspartei an die Wähler Stimmzettel und eine Anweisung zur Wahl, in der es unter anderem heißt:

Nur der beifolgende weiße Stimmzettel, auf den Namen: Postsekretär Cornelius Hammer, Berlin, lautend, ist gültig; (!) Stimmzetteldruck der Zentrumspartei sind an jedem Wahllokal aufgestellt.

Der Zwiespalt im Zentrum.

Wir haben berichtet, daß von katholischer Seite im Rheinlande eine ganze Anzahl „nationaler“, will heißen: regierungs- und ultranationalistischer Sonderkandidaturen aufgestellt worden sind. Die Triebfeder ist vorzugsweise der Zentrumsadel; aber auch hohe Regierungsbeamte, die sich zum Zentrum zählen, stehen an der Spitze, darunter der Landrat des Kreises Siegburg, Herr von Dalwigk. Wie nun unser Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, zu berichten in der Lage ist, gehört zu den wärmsten Freunden der „nationalen“ Katholiken der Kardinal Dr. Fischer, Erzbischof von Köln. Die Rheinische Zeitung hatte eine Reihe interessanter Dinge aus dem kirchlichen Lager veröffentlicht. Darauf erschien in der „Kölnischen Volkszeitung“ ein laihmes Document, das aber mit keinem Worte bestritt, daß Kardinal Fischer die Geistlichen des Kreises Siegburg angewiesen habe, für den „National-katholischen“ Freiherrn v. Dalwigk einzutreten, der dem offiziellen Zentrumskandidaten, bisherigen Abgeordneten Dr. Weder, entgegengesetzt wurde. Kardinal Fischer ist also bemüht, Wilhelm II. dem allein er seinen Kardinalshut verdonkelt, zu Diensten zu sein und ihm seinen Dank durch freiwillige Regierungswahlarbeit abzustatten. Mit welchen Mitteln zugunsten der Regierung gewirkt wird, mag man daraus ersehen, daß in einer Zuschrift an die „Rheinische Zeitung“ der Wahldruck von Seiten der höheren Geistlichkeit als fast unausweichlich bezeichnet wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar 1907.

Regierung und Beamenschaft.

In einem Artikel „Sozialdemokratie und Beamenschaft“, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer heutigen Nummer bringt, heißt es:

„Der Beamte weiß, daß sein Verhältnis zu den Vorgesetzten von Treue bei den Untergebenen und Wohlwollen bei den Vorgesetzten getragen ist.“

Das ist nichts als eine alberne Phrase. Worin besteht das Wohlwollen, von dem das offiziöse Blatt redet?

Am 18. April 1896 gab das preussische Staatsministerium folgenden Erlaß heraus:

„Es ist neuerdings die Wahrnehmung gemacht worden, daß Staatsbeamte Petitionen unterzeichnet haben, welche darauf abzielen, die parlamentarische Herrschaft zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Regierungsvorlagen oder zu einer wesentlichen Abänderung derselben zu bestimmen. Auch an öffentlichen Versammlungen, in denen solche Petitionen beraten worden sind, haben Staatsbeamte einen Anteil genommen, welcher erkennen läßt, daß es ihnen nicht um eine Abwehr, sondern vielmehr um eine Förderung der gegen Regierungsvorlagen unternommenen Agitation zu tun war. Ein solches Verhalten ist unvereinbar mit den Pflichten eines Staatsbeamten, welche ihm gebieten, sich der Teilnahme an Versammlungen zu enthalten, die darauf gerichtet sind, der Durchführung der Regierungspolitik Schwierigkeiten zu bereiten. Das Staatsministerium hält es für angezeigt, die Beamten sämtlicher Ressorts hierauf mit dem Bemerken hinzuweisen, daß die Regierung willens ist, dieser ihrer Auffassung einzutretendenfalls unmissverständlich Geltung zu verschaffen. Berlin, den 18. April 1896. Königlich Staatsministerium.“

Am 8. Juli 1898 veröffentlichte die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Brief mit dem Zaunpfahl aus den „Berl. Pol. Nachr.“, der sich gegen die wachsende Zahl von Beamtenvereinen und die damit zusammenhängende Zunahme von Massenpetitionen von Beamten an parlamentarische Körperschaften richtete:

„Indem . . . künstlich ein nicht vorhandener Interessengegensatz zwischen Vorgesetzten und Untergebenen konstruiert wird, unterläßt man das Vertrauensverhältnis zwischen beiden, auf dem das gedeihliche Zusammenwirken im Dienste des Vaterlandes beruht, und löst damit zugleich die Grundlage des Staatsdienstes, die Beamtendisziplin. In dieser Hinsicht erscheint schon die Anrufung der Volkswirtschaft gegen die Regierung durch Massenpetitionen nicht unbedenklich.“

Mitte Juni 1899 zirkulierte in den Büreaux verschiedener preussischer Behörden ein Ministerialerlaß folgenden Wortlauts:

„Es hat leider mehrfach die Wahrnehmung gemacht werden müssen, daß Beamte sich soweit vergessen haben, ihre Wünsche oder Beschwerden durch Kundgebungen in der Presse, statt auf dem durch die Dienstordnung vorgeschriebenen Wege, zu verfolgen. Daß diese Beamten sich damit eines sehr schweren Dienstvergehens (!) schuldig und des Ansehens und Vertrauens unwürdig machen, welches ihr Beruf erfordert, scheint nicht überall zum genügenden Bewußtsein gekommen zu sein. Im Interesse der Disziplin und der öffentlichen Autorität veranlasse ich Ew. u. w., gegen Vorkommnisse solcher Art in der dortigen Verwaltung scharf und nachdrücklich disziplinarisch einzuschreiten.“

Unser Wahlprogramm.

Die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterklasse ist die natürliche Hüterin der Rechte und Forderungen der Arbeiterklasse. Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft, für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ihr Ziel ist: die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeugzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Nur diese Umwandlung kann bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Bervollkommnung werde.

Aber dieses Ziel kann nicht plötzlich erreicht werden und ist nur zu verwirklichen durch die Zustimmung der großen Mehrheit der Volksgenossen, die an dieser Umwandlung interessiert ist und die Notwendigkeit derselben erkannt hat. Diese dafür zu gewinnen ist unsere Aufgabe.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen handelt es sich zunächst darum, die Wege zu einer solchen Entwicklung frei zu machen, die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen für ihren Kampf zu stärken durch Hebung und Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage.

Aus diesen Gesichtspunkten wird die Sozialdemokratie im nächsten Reichstag wieder eintreten:

für die Erhaltung und Erweiterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und seine Ausdehnung auf die Frauen;

für ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht ohne Ansehen der Person;

für die Sicherung und Bervollkommnung des Koalitionsrechts und seine Ausdehnung auf die Landarbeiter;

für einen gesetzlich fixierten Normalarbeitstag von höchstens 10 und besten allmähliche Einschränkung auf 9 und 8 Stunden für alle Arbeiter;

für Erweiterung des Arbeiterschutzes und Beschränkung der Sonntags- und der Nachtarbeit auf das technisch absolut Notwendige;

für Seimarbeiterchutzgesetz;

für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern;

für ein Reichsberggesetz mit ausreichenden Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter;

für ein einheitliches deutsches Arbeiterrecht;

für Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungen der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung;

für Verbesserung der Gewerbeinspektion unter Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen;

für Sicherung der Meinungs- und freien Betätigung der politischen und religiösen Ueberzeugung in allen Lebensstellungen, insbesondere auch für die Beamten und Militärpersonen, die fernerhin nicht Staatsbürger zweiter Klasse sein sollen;

für Sicherung vor Beamtenwillkür und für Sicherung einer unparteiischen Rechtspflege;

für die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche;

für volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses;

für die Herabsetzung und schließlich gänzliche Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel;

für Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen auf die Einfuhr von Vieh- und Fleischwaren unter Ausrechterhaltung zweckmäßiger, aber nicht schändlicher, sanitärer Kontrollmaßregeln;

für Aufhebung der Zölle auf Futtermittel;

für die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer für alle Einkommen von über 5000 Mk. im Jahr, sowie für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer für alle Vermögen über 50 000 Mk. und für eine sehr erhebliche Erweiterung der Reichs-Einkommensteuer;

für die allmähliche Umwandlung des bestehenden Heeres in eine Volkswehr auf demokratischer Grundlage, aufgebaut auf der militärischen Erziehung der gesamten männlichen Jugend; gegen die unsinnigen Flottenrüstungen;

für eine auswärtige Politik, die die Versöhnung und Verbrüderung der Völker zum Ziele hat, und Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch einen aus Vertretern der Kulturnationen zusammengesetzten Gerichtshof;

für Förderung der internationalen Kulturinteressen durch Gründung eines internationalen Parlaments;

gegen eine geldfressende Kolonialpolitik, durch die die Eingeborenen ihres Eigentums gewaltig beraubt, unterdrückt und ausgebeutet werden;

gegen die Liebesgabenpolitik;

entlich: für schärfste Kritik und Bekämpfung aller Mißbräuche, Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, wo immer sie vorkommen.

zur Ermittlung der Schuldigen (!), wenn nötig, auch die zuständige Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen und die Herren Direktoren der betreffenden Ämter mit entsprechender Anweisung zu versehen. Bietet die Form oder der Inhalt des betreffenden Besch. Invertrauens dazu Anlaß, so wird außerdem strafrechtlich einzuschreiten sein.“

Am 30. April 1899 rief die „Nordd. Allg. Ztg.“ erneut folgende Drohung gegen die Beamten aus:

„Die Reichsregierung wie die preussische Staatsregierung ist davon überzeugt, daß die Beamenschaft mit geringen Ausnahmen festhält an den überlieferten Grundsätzen der Treue, der unentwegten Pflichterfüllung der Disziplin; im Interesse der Beamenschaft selbst liegt es, diese Tatsache nicht durch das ungebührliche Verhalten einiger Vereine und Vereinsorgane verdunkeln zu lassen. Daß Anlaß zur Sorge in dieser Richtung vorliegt, ist nicht zu leugnen. Die Reichs- und Staatsregierung gehen sich der Erwartung hin, daß die jetzt erlassene Warnung und Mahnung ihre gute Wirkung nicht verfehlen wird. Erfüllt sich diese Erwartung nicht in allen in Betracht kommenden Fällen, so darf man sich überzeugt halten, daß man an zureichender Stelle auch nicht vor einem energischen Zugreifen zurückzusehen wird, um die staatliche Autorität zur Geltung zu bringen.“

Durch dieses energische Zugreifen ist dann im Laufe der Jahre Tatsache geworden, was das konservative „Vaterland“ in Dresden am 13. September 1899 als Ideal hinstellte, nämlich, daß die Beförderung der Staatsbeamten nicht allein von ihrer rein geschäftlichen Tüchtigkeit, sondern von dem Eifer und der Geschäftlichkeit abhängig gemacht würde, den sie in der Bekämpfung der Revolutionspartei entwidelten.

Zentrums-Harmonie.

In einer ultramontanen Vertrauensmännerstimmung im Wahlkreis Vorken-Reddinghausen hatte der bekannte Herr August Brust mitgeteilt, daß er im Provinzialwahlkomitee befeuert habe, den Wahlkreis Arnberg-Ölpe-Wesche dem Handwerkerkandidaten zu übergeben. Das hat Herrn Johannes Zusangel arg erbolt und er schreibt in seinem Blatte:

„Wenn Herr Brust so gesprochen hat, dann ist das eine Unverschämtheit, wie sie nicht unverschämter gedacht werden kann. Durch sie werden die Wähler des katholischen Sauerlandes geradezu zum Stimmvieh herabgewürdigt; nicht sie sollen entscheiden, wen sie für tüchtig und würdig halten, ihre Interessen im Reichstage zu vertreten, sondern das befiehlt Herr Brust. Eine solche Paschawirtschaft ist uns denn doch noch nicht vorgekommen. Gerade Herr Brust ist der Mann, dem wir am wenigsten das Recht einräumen, sich als unseren Vormund aufzuspielen, gerade von ihm lassen wir uns gar nichts, aber auch gar nichts gefallen. Werkt Euch das, Ihr Wähler, für den 25. Januar, zeigt da diesen Volksbeglückern, diesen Leuten, die von der Arbeit fortgelaufen sind und nun auf Kosten der Gesamtheit die Herren spielen, daß Ihr mit solchen „Arbeiterfreunden“ nichts zu tun haben wollt.“

Auch Herr Euler, dem man in Vorken-Reddinghausen den Stuhl vor die Türe gesetzt hat, um ihn in Trier unterzubringen, schüttelt sein Herz aus über die Behandlung, die ihm widerfahren ist. In einem Brief an einen Dortmunder Parteifreund schreibt er:

„. . . Man hätte aber doch mit mir, als 13½-jährigen treuen Vertreter des Wahlkreises anständigerweise in Fühlung treten sollen, anstatt mit gehässigen, allen christlichen Grundsätzen hohnsprechenden Mitteln mich als nicht pflichttreu oder gar als dem Zentrum in den Rücken fallend, darzustellen. Gegen diesen überflüssigen Kampf und besonders gegen solche unlauteren Kampfmittel (angeblich eigener Parteigenossen, die man unter unsagbaren Opfern bei einem bitenlosen Reichstag 13½ Jahre lang vertreten hat, protestiere ich ganz entschieden. Im übrigen sind mir soviel ehrende und anerkennende Aeußerungen aus dem Wahlkreise zugegangen, daß dieselben das verleumderische, vielfach beleidigende Gebaren der „Christlichen“ vollkommen aufwiegen.“

Herr Zusangel beschuldigt die christlichen Arbeiterführer „von der Arbeit fortgelaufen zu sein und auf Kosten der Gesamtheit die Herren zu spielen“, und Herr Euler wirft den christlichen Gewerkschaften die Anwendung „unlauterer Kampfmittel“ und „verleumderisches Gebaren“ vor. Das zeigt, wie die Herren „Arbeitervertreter“ im Zentrum geschäftet werden. —

Deutsches Reich.

Bismarcks Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht.

Wie die Darstellung des Professors Hans Delbrück, so werden auch die vor einigen Tagen von uns berichteten Ausführungen des Professors Kaemmel über Bismarcks Abicht, das Reichstagswahlrecht aufzuheben und den Widerstand der Arbeiterklasse im Blute zu erstickern, in nationalliberalen Blättern als unglaubwürdig behandelt — nicht deshalb, weil die Textfabrikanten dieser Blätter tatsächlich an der Nichtigkeit der Kaemmelschen Schilderung zweifeln, sondern weil sie es für politisch angebracht halten, den Legendenhumbung, mit dem eine feile Geschichtsfärbung und Presse den „Nationalhelden“ umgeben hat, ausrechterhalten. Dabei erzählt Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, daß er beabsichtigt habe, das Reichstagswahlrecht einzuschränken. In der Darstellung seines Konflikts mit dem Grafen Eulenburg wegen des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 heißt es z. B. (Bd. 2, S. 190):

„Ferner bedarf das Gesetz meines Erachtens eines Zusatzes in betreff der Beamten dahingehend, daß Beteiligung an sozialistischer Politik die Entlassung ohne Pension nach sich zieht. Die Mehrzahl der schlecht bezahlten Beamten in Berlin und dann die Bahnwärter, Beichensteller und ähnliche Kategorien sind Sozialisten, eine Tatsache, deren Gefährlichkeit bei Aufständen und Truppentransporten einleuchtet. Ich halte ferner, wenn das Gesetz wirken soll, auf die Dauer nicht möglich, den gesetzlich als Sozialisten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht und die Wählbarkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen.“

Man sollte annehmen, für jeden vernünftigen Menschen besagte diese Aeußerung Bismarcks genug.

Trotha und Erzberger.

Von der Doppeltzungigkeit des Zentrums und besonders des ehrenwerten Herrn Matthias Erzberger zeugt ein Brief, den am 22. d. M. der General v. Trotha in einer liberalen Wähler-

Wer bis 7 Uhr nicht den Stimmzettel abgibt, verliert das Wahlrecht!

berammlung in Sobesberg vorlas. Der Ausrottungsstratege Troika erklärte in dieser Versammlung, daß sich noch vor anderthalb Jahren die Zentrumskaktion ganz anders zu seinem Vorgehen in Afrika gestellt habe als heute und daß, als ihn damals die kolonialfreundliche Presse heftig angriff, Herr Matthias Erzberger folgenden schönen Brief an ihn richtete:

Berlin, 5. Sept. 1905.

Eure Erzählung

haben meiner wenigen Worte zu freundlich gedacht, zumal ich nur meine Pflicht erfüllt habe, aber ein Abwehler darf auch in deutschen Reichstagen nicht ungebührlich verurteilt und beschimpft werden. Leider ist es eine nationale Ansitze, daß wir an unseren tapferen Soldaten die staunenswerten Leistungen in Südwestafrika als etwas ganz Selbstverständliches ansehen, sofort aber mit großem Lärm über eine Kundgebung herfallen, die nicht nach dem modernen europäischen Schnitt ist. Unbegreiflich hat es indessen sofort einer Anzahl meiner Herren Kollegen geschienen, daß die Regierungsvertreter geschwiegen haben. Auch wenn man sein Redner ist, muß man bei solchen Anrempelungen, die uns nur im Auslande herabsehen, eine kurze Antwort geben. Wenn die Presse auch viel kritisiert, in den weitesten Kreisen des Volkes zollt man doch Anerkennung und Hochachtung der Tatkraft, die unter der Führung von Ew. Erzählung steht. Man würdigt hier die vielen Schwierigkeiten vollständig und noch mehr die Erfolge bei solchen Hindernissen. Zum Schluß erübrigt mir noch, Ew. Erzählung meine besten Wünsche für gute weitere Erfolge zu übermitteln, indem ich verbleibe

Eurer Erzählung ganz ergebenster

M. Erzberger.

Mitglied des Reichstages.

Herr Erzberger hat nicht umsonst die Ethik des Jesuitismus studiert. —

Die „geistigen Waffen“ des Zentrums.

Das rheinisch-westfälische Zentrum verweigert grundsätzlich in seinen Versammlungen den Sozialdemokraten das Wort. Es ist Sache des Zentrums, sich damit abzufinden, wie dieses Verhalten sich mit dem Parteimotto „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ verträgt. Eins könnte man aber verlangen: daß nämlich eine Partei, die dem Gegner keine freie Aussprache gewährt, nun auch keinen Anspruch auf dieses Recht für sich macht. Im Wahlkreis Düsseldorf findet sich aber fast in jeder von unserer Seite einberufenen Versammlung ein Zentrumsjüngling ein, der sich gleich nach dem Referenten zum Worte meldet und nun sein endlos langes R-Glabbacher Material mit den bekannten Lügen, Verleumdungen und Beschimpfungen herunterhampelt. Aus der Einheitslichkeit des Auftretens und des Materials merkt man, daß System in der Sache liegt, und daß es darauf angelegt ist, unsere Versammlungen mit dem Geschwätz hinzuziehen.

Im Kreise Solingen wollten die Ultramontanen den gegnerischen Versammlungen fernbleiben. Der „Opladener Post“, das Zentrumblatt für den unteren Kreis Solingen, kündigt das in folgender Weise an:

„In dieser glücklichen Lage als Tertius gaudens gegenüber anferen liberalen und roten Mandats-Konkurrenten wollen wir bleiben und es grundsätzlich vermeiden, deren Wahlversammlungen durch unsere Disfussion auf ein höheres geistiges Niveau zu heben. (1) Wir registrierten also kaltblütig den haltlosen Vorwurf der Feigheit und schauen stillvergnügt dem Ringkampf der politischen Ahtleiten von Rahnenbäumen, Brunhöder und Scheidemann zu, die mit grimmiigen Cerberusmienen und mutplandem Gestus die verdorbene Mutwurst ihrer geirritierten Zentrumschimpferei in ihrem politischen Floß-Strus mit einer Hand stemmen.“

Der Papst als Wahlsagitor.

Im 13. elsass-lothringischen Wahlkreis, dem Kreise Volchen-Diedenhofen, tritt dem offiziellen Zentrumskandidaten ein sogenannter „national-katholischer“, d. h. kolonialfreundlicher Kandidat entgegen, der Fabrikbesitzer de Wendel. Wie uns nun telegraphisch aus Diedenhofen gemeldet wird, erhielt dieser national-katholische Kandidat vom Papst ein Telegramm, in welchem ihm der Sieg am Wahltag gewünscht und dazu der apostolische Segen erteilt wird.

Der Vorgang ist um so bedeutsamer, als der Schritt des Papstes nicht auf eigene Entschlüsse zurückzuführen ist, sondern auf Einflüsse des höheren rheinischen Klerus. Wie dieser hier zugunsten der deutschen Regierung eingreift, so wird er auch nach den Wahlen seinen Einfluß auf das Zentrum zugunsten der west- und kolonialpolitischen Pläne der Regierung geltend machen — vorausgesetzt natürlich, daß diese sich auf kirchlichem Gebiet zu weiteren Konzessionen versteht. —

Fusangel wird ermittelt.

Das Zentrum versucht, die Anhänger Fusangels im Wahlkreis Ahrberg-Elpe-Reschede dadurch zu lähmen, daß ihnen die Parteizugehörigkeit abgeprochen und ihrem Kandidaten, falls er durchläuft, die Aufnahme in die Zentrumskaktion verweigert wird. So schreibt die „Tremonia“, das Dortmunder Zentrumblatt:

„Es muß gesagt werden, daß diejenigen Leute, welche jetzt noch Fusangel wählen, entweder mit Blindheit geschlagen sind oder gar keine Anhänger der Zentrumspartei mehr sind und sein wollen. Es steht auch heute bereits fest, daß Fusangel, falls er gewählt werden sollte, nicht mehr in die Zentrumskaktion aufgenommen werden könnte.“

Das Blatt veröffentlicht sodann ein Schreiben des Abgeordneten Herold, Vorsitzender des westfälischen Provinzialkomitees der Zentrumspartei, und ein solches des Grafen Hompesch, Vorsitzender der bisherigen Zentrumskaktion des Reichstages, worin kundgegeben wird, daß Fusangel keine Aufnahme in die Kaktion finden werde. —

Die Nationalliberalen wollen in Köln rot wählen?

Ultramontane Blätter berichten von Verhandlungen zwischen den liberalen und sozialistischen Parteileitungen des Neuwieder und Köln-Wahlkreises, daß bei der Stichwahl in Neuwied die Sozialdemokraten den Liberalen und umgekehrt in Köln die Liberalen den Sozialdemokraten unterstützen sollen.

Die Mitteilung der ultramontanen Blätter entspringt weit mehr der Furcht, als der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Interessant aber ist die Bemerkung, die die „Rhein-Westf. Zig.“ an diese Meldung knüpft. Das Blatt meint nämlich bezüglich der Unterstützung der Kölner Genossen durch die Liberalen in der Stichwahl:

„Soweit die Stimmung der liberalen rheinischen Wähler-schaft beurteilt werden kann, geschieht dies auch ohne besondere Instruktion des Wahlkomitees.“

Abwarten! —

Kriegervereine auf Wahlagitiation.

Der Kreis-Kriegerverband für Düsseldorf fordert in einem Rundschreiben seine Mitglieder auf, nur patriotisch und national gesinnte Männer zu wählen, denen die „Ehre Deutschlands über alles“ gehe. Der bisherige Vertreter des Wahlkreises Düsseldorf, der Zentrumskandidat Kirch, habe am 13. Dezember vorigen Jahres dieser Anforderung nicht entsprochen, es bliebe für den alten Soldaten, der seinem Fahnenkreuz treu bleiben wolle, nur der liberale Kandidat, dem jeder Kamerad seine Stimme geben müsse. — Die Kriegervereine sollten sich die Mühe sparen haben; der „nationale“ Kandidat kommt mit seinen paar tausend Stimmen gar nicht in Betracht. —

Rekruten-Erzählung.

Ein unglaublich klingender Vorfall beschäftigte dieser Tage das Kriegsgericht Chemnitz. Der 25jährige Unteroffizier Schumann, seines Zeichens Schmied, in Jena (S.-A.) geboren, seit seiner Rückkehr aus Ostasien Unteroffizier im 5. Infanterieregiment Nr. 104 (Chemnitz), hatte sich wegen Mißhandlung eines Untergehobenen zu verantworten. Er hatte in seiner Korporalshat einen Rekruten, der wegen eines Fehlers in der Augenmuskulatur beim Zielen das linke Auge nicht schließen konnte. Er sollte deshalb das Schließen der Augen üben. Er übte, aber ohne Erfolg. Da nahm der als chreuziger aber brauchbarer Vorgesetzter von guter Gesinnung bezeichnete Angelegte einen Papierstreifen, ließ darauf entzündeten Siegelack tropfen und versiegelte damit das linke Auge des Rekruten, der trotz der Schmerzen, die der heiße Siegelack verursachte, stille hielt, weil er, wie er vor dem Kriegsgerichte angab, geglaubt habe, er müsse sich das gefallen lassen. Er hat auch keine Meldung erstattet und vier Kameraden, die mit in der Stube weilten, schloßen sich ebenfalls nicht dazu heran. Der Rekrut entfernte das Papier und den Siegelack an der Wange wieder, wo ein Brandfleck entstanden war. Den an den Augenbrauen hängen gebliebenen Siegelack entfernte der liebevolle Vorgesetzte am anderen Tage, dabei gingen so viel Haare aus, daß eine lichte Stelle entstand. Vier Tage hatte der Rekrut Schmerzen. Erst als er ein Pflaster auf die Brandwunde legte, wurde ein Offizier aufmerksam und die Sache kam zur Unterzucht.

Der Unteroffizier mit der guten Gesinnung war geständig; er bestritt nur, daß er dem Rekruten habe Schmerzen zufügen wollen. Und das Gericht glaubte ihm und kam ihm entgegen. Es entschied, daß nicht Mißhandlung, sondern nur vorchristlich-widrige Behandlung vorliege und erlachte auf eine Woche Mittel-arrest.

Ausland.

Oesterreich.

Lemberg, 24. Januar. (B. T. B.) Auf der Universität herrscht heute wieder Ruhe; die Immatrikulation verlief ohne Zwischenfall. Von den gestern verhafteten ruthenischen Studenten sind drei wegen öffentlich begangener Gewaltthatigkeiten in Haft behalten worden. —

Frankreich.

Das Recht, zu demonstrieren.

Paris, 22. Januar. (Fig. Per.)

Zu der gestrigen Kammer Sitzung hatte sich Clémenceau wegen seiner Maßregeln gegen die für die Sonntagstrübe Demonstrierenden zu verantworten. Auf die scharfe Interpellation des Genossen Vaillant, der treffend auf die Identität der Haltung Clémenceaus mit der Dupuy's Hinweis, antwortete jener mit seiner üblichen zweideutigen „Geistreichheit“. Er erkannte zwar das Recht, öffentliche Kundgebungen zu veranstalten, an, meinte aber, er habe den Straßenverkehr sichern wollen! Dam aber berief er sich darauf, daß die Veranstalter des Aufzuges mit ihm nicht vorher in Verbindung getreten seien; in Limoges hätte er unter solchen Bedingungen einen Aufzug gestattet! Die Gewerkschaftler von Paris hätten ihm keine Bürgschaft für den ruhigen Verlauf der Manifestation geboten usw.

Clémenceau wird nun nach seinen gestrigen Erklärungen einen Aufzug, der ihm vorher zur Kenntnis gebracht wird, nicht mehr unterlagen können, ohne sich selbst Lügen zu strafen. — Bemerkenswert sind noch die Lobspprüche, die der Minister dem Polizeipräsidenten Lépine spendete, namentlich wenn man sie mit der heute von der „Humanität“ durch ein ärztliches Zeugnis erhärteten Tatsache zusammenstellt, daß die Polizisten am Sonntag das von Clémenceau in einem eigenen Erlaß untersagte „passage à tabac“, das heißt das Verprügeln der Arretierten fleißig geübt haben.

Das Tagelobvotum, das die Sozialisten beantragt hatten, erhielt nur 58 Stimmen, und die Erklärungen der Regierung wurden mit 444 gegen 58 genehmigt. Es war der große bürgerliche Vot.

Paris, 24. Januar. Der frühere erzbischöfliche Palast wird laut einer Bekanntmachung im Amtsblatt, dem Arbeitsministerium zur Einrichtung von Bureaus überwiefen. —

Vor der Entscheidung.

Es war ein eigenartiges Gefühl, das gestern abend die Besucher der beinahe 40 Volksversammlungen beherrschte, welche die sozialdemokratische Partei für Groß-Berlin einberufen hatte. So eine eigene Weide lag auf den Gesichtern der tausend und aber-tausend Frauen und Männer, die sich in den Sälen drängten, eine erwartungsvolle Festrede, wie sie sonst wohl nur die heranwachsende Weihnacht auf den Gesichtern der Kinder herborzaubern kann. Man weiß genau, daß der kommende Tag und eine große Freude bereiten wird; aber noch kann man nicht ermaßen, was er im einzelnen bringen wird. Werden alle die Sonderwünsche erfüllt werden, ja erfüllt werden können, die da in der Masse laut werden? Wird insbesondere das Berliner Proletariat den einen großen Wunsch erfüllt sehen, auch über dem 1. Wahlkreis, den mit am heißesten umstrittenen, die rote Flagge wehen zu sehen? So fragte man sich selbst, so fragte man andere. Das eine nur war allen zweifellos: Selbst wenn die Wahl da und dort und gar Enttäuschungen bringen sollte, insgesamt würde zweifellos die Partei wieder einen Fortschritt machen so gewaltig, daß den regierenden Machthabern die Antwort auf ihre verlebende Herabsetzung der Volkswertung noch lange in den Ohren klingen wird.

Die Versammlungen waren fast ohne Ausnahme bis auf den letzten Platz gefüllt; eine Reihe von Sälen vermochte die Masse der Erschienenen nicht zu fassen. Im ersten, dritten und fünften Wahlkreis sah man auch das bürgerliche Element stark vertreten.

Nach Dräfels Festreden, zur Versammlung des ersten Kreises strömte schon von 7 Uhr ab eine große Menschenmenge, und eine halbe Stunde später war der Saal so voll, daß keiner mehr hineingelassen werden konnte. Auf der Galerie fanden noch einige Hundert Platz, die ebenfalls dicht gedrängt und stehend der Rede des Kandidaten, Genossen Krons, lauschten. Wert-würdig ist es, daß sich hier im Kreise, wo das sozialdemokratische Programm in allen Versammlungen und auch in dieser in Massen verbreitet wurde, der Kandidat noch gegen den lächerlichen Vorwurf der Verhöhnung seiner sozialdemokratischen Gesinnung verteidigen mußte. Doch hatten die Freisinnigen von neuem in einem Flugblatt diese Lüge verbreitet, die natürlich von keinem geglaubt wird, der Krons jemals sprechen gehört hat. Kampffreude und Siegesgewißheit beherrschte auch hier die Genossen und der ganze Verlauf der Wahlbewegung scheint ja auch in diesem Kreise eine gute Bürgschaft des Sieges.

Der zweite Kreis hatte seine letzten Versammlungen bereits am Mittwochabend abgehalten. In diesem Kreise waren die Genossen gestern noch eifrig tätig, die Säumigen durch Verteilung von Flugblättern aufzumitteln.

Obwohl in dem verhältnismäßig kleinen dritten Wahlkreis nicht weniger als vier Versammlungen stattfanden und der Andrang sich naturgemäß verteilte, waren doch alle Säle voll und der größte, der von Buggenhagen, sogar überfüllt. Hier war in einem Nebenraum eine Anzahl Schulleute untergebracht und man konnte danach annehmen, daß die Polizeibehörde wahrhaftig an den bodenlosen Schwindel geglaubt habe, daß Leid und Leben von Gegnern bedroht werden könnte, wie es nach dem auf den Strohen verteilten Lügenflugblatt dem konservativen Herrn Wederer passiert sein soll. Die Polizei mühte fleißig besser wissen, wie es in sozialdemokratischen Versammlungen zugeht.

In allen Versammlungen herrschte eine siegesgewisse, kampffreudige Stimmung, die am stärksten bei Buggenhagen zum Ausdruck kam, wo die temperamentvollen, aber von strenger Wahrheitsliebe durchdrungenen Worte des Genossen Fischer wiederholt förmlichen Beifall hervorriefen. — Im großen Saal der Armin-hallen war es der Genosse Sassenbach, der mit allen den patriotischen Phrasen auftrante, von der die Gegner in diesem Wahlkampf so ausgiebigen Gebrauch machen. Begeisterten Beifall merkte sein Rufstuf zum Kampf gegen das Ungetüm der Reaktion. — Im Märkischen Hof spornete Genosse August in den Kampfesmut der Genossen in wirkungsvollen Worten an, und im großen Saale des Gewerkschaftshauses verstand es der Genosse Cohen vortrefflich, die außerordentlich große Bedeutung gerade dieser Wahlen für die Gewerkschaften wie für die gesamte Arbeiterschaft den Versammelten vor Augen zu führen und in Begeisterung wachenden, überzeugenden Ausführungen den Eifer für die Wahlarbeit zu schüren.

Im vierten Wahlkreis fanden zehn Versammlungen statt. Da herrschte keine Leidenschaft, aber frohe Kampfesstimmung. Die sichere Ruhe einer siegesgewohnten Parteigenossenschaft, die auch diesmal ihres Erfolges gewiß ist, beherrschte die Versammlungen. — In Kellers Saal in der Kopenstraße, wo Genosse Singer zu seinen Wählern sprach, war der Andrang enorm. Schon zeitig wurde das Lokal abgesperrt. Nicht minder groß war der Andrang in den meisten anderen Lokalen. Nur zwei kleinere Säle waren weniger stark besucht. In den Versammlungen referierten die Genossen Spähe, Heumann, Naß, Dittmer, Schenk, Fendel, Käter, Jenisch und Rath. Weisell und zustimmende Kundgebungen legten Zeugnis ab von der kampffreudigen Zuversicht, welche die Genossen erfüllt.

Die Genossen des fünften Wahlkreises hatten sich ganz besonders zahlreich bei Lipps zusammengefunden; aber auch der Schweizergarten, das alte Schützenhaus und die Johannisalle erstreckten sich eines guten Besuches. Außer den Referenten Friedländer, Piepmann, Weis und Dr. Teal sprach in allen Versammlungen auch der Kandidat des Kreises Robert Schmidt. Vor Beginn der Versammlungen nahmen die Genossen noch eine Flugblattverteilung vor, an der sich auch eine Anzahl Genossen aus dem vierten Kreis beteiligten.

Im sechsten Wahlkreis fanden sieben öffentliche Wählerversammlungen statt. In Noabit, in der Chausseestraße, Invalidenstraße, Schönhauser Allee, auf dem Gesundbrunnen kamen die Wähler-scharen nach einmal zusammen, um den anfeuernden Worten der Genossen Düwel, Ebert, J. Borchardt, Bermuth, Vilfin, Dr. Gohn und Rosenfeld zu lauschen. „Auf zur Reichstagswahl!“ hieß überall das Thema. Die Redner veräumelten nicht, das Schlagwort von der „nationalen Ehre“, womit in den letzten Tagen viel gespielt wurde, ins rechte Licht zu setzen und als hohle Phrase zu kennzeichnen. Man will die Wähler damit irre führen, aber man wird sich täuschen, denn zur Freude unserer Genossen zeigten sich immer mehr fremde Leute in den Versammlungen, deren Fragen und Bemerkungen man leicht entnehmen konnte, daß sie zum ersten Male kamen und einen sozialdemokratischen Redner hören wollten. So ging es bis zum letzten Tage; die eifrige Agitation rüttelte immer neue Massen auf, und diese Agitation wird heute am Wahltag ihre Früchte tragen! — Die Genossen im sechsten Kreise erwarten mit Zuversicht eine ungeheure Stimmengahl für ihren Kandidaten Ledebour.

In Charlottenburg fanden 3, in Schöneberg 4 und in Nixdorf 5 Versammlungen statt.

Wähler des 2. Wahlkreises! Aufgepaßt!

Die Freisinnigen bringen heute mit der zweiten Post ein Flugblatt zur Verbreitung, das — wie es bei einem Regierungskandidaten selbstverständlich ist — seit gestern abend von der Post wie ein Wertgegenstand unter Siegel und Verschluss gehalten wird. Unsere Genossen werden sich nicht verblüffen lassen, wir bleiben die Antwort nicht schuldig!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feldbienenkübung bei 20 Grad Kälte.

Außberg i. Br., 24. Januar. (B. T. B.) Zahlreiche leichtere Frostschäden haben sich am Montag auf einer bei Cudnau abgehaltenen Feldbienenkübung gemischter Truppenteile der hiesigen Garnison ereignet. Durch die unerwartet eingetretene scharfe Kälte von etwa 20 Grad wurden 152 Fälle von Frostschäden bei Mannschaften verursacht. Fünf Mann wurden ins Garnison-lazarett gebracht, ihre Entlassung dürfte in drei bis vier Wochen erfolgen. Die übrigen Mannschaften wurden als Revierfranke behandelt; der größte Teil von ihnen ist bereits als geheilt entlassen. Die noch nicht Entlassenen sind, weil gleichfalls nur leicht erkrankt, nur vom Aufendienst befreit. Schwere Fälle liegen auch bei den Lazarettkranken nicht vor.

Der Schulstreik vor Gericht.

Gnesen, 24. Januar. (B. T. B.) Die hiesige Strafkammer verhandelte heute über einen aus dem polnischen Schulstreik hervor-gangenen Prozeß. Proßt Piotrowicz wurde auf Grund der §§ 110 und 180a wegen Aufforderung zum Ungehorsam, begangen durch eine Predigt in der hiesigen Michaelskirche und durch in der Sakristei erfolgte Verteilung von auf den Schulstreik bezüglichen Zetteln, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden verurteilt Drechsler Bierinski und Töpfer Bystelski zu je 100 M. und zwei Frauen zu je 50 M. Geldstrafe.

Abgeprüfte Anklage.

Budapest, 24. Januar. (B. T. B.) Justizminister Polonji hat den Staatsanwalt beauftragt, gegen den Abgeordneten Lengli einen Prozeß wegen Verleumdung anzuklagen.

Obligatorischer Volksschulunterricht.

Paris, 24. Januar. (B. T. B.) Minister Briand brachte in der Kammer eine Vorlage ein betreffend den obligatorischen Volksschulunterricht.

Rücktritt des spanischen Ministeriums.

Madrid, 24. Januar. (B. T. B.) Das Kabinett hat heute seine Demission gegeben.

Gesunkenes Segelschiff.

Konstantinopel, 24. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr. Korresp. Bureau.) Das Segelschiff „Galata“ der französischen Schlepplampiergesellschaft, das von Azou nach Creteil am Schwarzen Meer geschleppt wurde, ist mit sechzig Arbeitern gesunken. Es ist noch unbekannt, ob jemand gerettet ist.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

- 1. Wahlkreis: Stadtverordneter Dr. Leo Arons, Berlin.
2. Wahlkreis: Geschäftsführer Richard Fischer, Berlin.
3. Wahlkreis: Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin.
4. Wahlkreis: Stadtverordneter Paul Singer, Berlin.
5. Wahlkreis: Arbeitersekretär Robert Schmidt, Berlin.
6. Wahlkreis: Schriftsteller Georg Ledebour, Zehlendorf bei Berlin.
Für Nieder-Barnim: Stadtverordneter Artur Stadthagen, Berlin.
Für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter Fritz Zubeil, Berlin.

Die russische Revolution.

Die Nordbuben der Regierung.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:
Tersjoki, 24. Januar. Durch Zeugenverhör stellte das finnische Gericht in den gestern begonnenen Verhandlungen die Ermordung des ehemaligen Dumamitgliedes Herzenstein im letzten Sommer hier durch zwei vom russischen Regierungs-„Bolschewik“ gedungene Mörder fest.

Der Lieferungsstand.

Petersburg, 21. Januar. (Fig. Ber.)

Die Untersuchungskommission der Gurko-Libdal-Affäre veröffentlicht ihren Bericht, aus dem hervorgeht, daß der Ministergehilfe Gurko schwere Ueberschreitungen der Amtskompetenzen begangen hat. Daß die Kommission nicht die wirklichen Gründe entschleiern wird, die den Ministergehilfen bewogen haben, dem Libdal, einem verachteten Spielhaushalter, die Lieferung von 10 Millionen Rubel Getreide für die Hungergebiete anzubestellen...

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Den gestern eingegangenen Meldungen zufolge haben sich am Mittwoch fünf Betriebe mit je einem Arbeiter der Aussperrung angeschlossen. Aus den Betrieben, welche bisher schon ausgesperrt hatten, sind 143 Arbeiter hinzugekommen. Von diesen ist jedoch nur ein Teil ausgesperrt. Die meisten davon hat der Holzarbeiterverband aus den Betrieben herausgezogen. Die Gesamtzahl der in Berlin ausgesperrten einschließlich der vom Holzarbeiterverband Herausgezogenen beträgt jetzt 6765. Unter den von den Unternehmern als ausgesperrt angegebenen befinden sich viele, die, wenn es keine Aussperrung gäbe, auch arbeitslos sein würden.

Ein neuer Arbeitgeberverband.

Der angeblich bereits 200 Mitglieder zählen soll, ist in aller Stille gegründet worden. Er führt den Namen Arbeitgeberverband für das Dachdeckergerwerbe zu Berlin und Umgegend. Die Statuten, die bereits dem Polizeipräsidenten zur Genehmigung unterbreitet sein sollen, enthalten folgende bemerkenswerten Punkte: Der Verband bezweckt die Herbeiführung dauernd friedlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Berücksichtigung berechtigter und Abwehr unberechtigter Forderungen und ungesetzlicher Uebergreife, insbesondere Arbeitseinstellungen der Arbeitnehmer und ihrer Vereinigungen. Ferner Vereinbarung mit Lieferungsgehilfen für etwaige Arbeitseinstellungen zu treffen. Keine im Auslande oder in der Aussperrung befindlichen Arbeitnehmer anderer einzustellen. Bei Ermittlung des Bestehens der Arbeitnehmer, durch ungesetzliche Forderungen und Uebergreife die Beschlüsse des Verbandes zu durchbrechen, offiziell den Ausdruck der Arbeitseinstellung in den betreffenden Betrieben zu verhindern, unverzüglich vermittelnd einzugreifen, unter Verwahrung der angeammelten Betriebsmittel (taufend Mark soll der gegenwärtige Kasseebestand sein), also für Rechnung des Verbandes durch Mittelpersonen, Annoncen und auf sonst zweckdienlich erscheinendem Wege Erjagarbeitnehmer für die Ausständigen heranzuziehen. Drohungen der Arbeiter auf Kosten des Verbandes gerichtlich zu verfolgen. Für den Fall, daß eine teilweise Arbeitseinstellung nicht in kürzester Frist, längstens innerhalb acht Tagen nach dem Ausdruck derselben beendet und auch die schleunige Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Ausständigen nicht mit Sicherheit zu erwarten sein sollte; auf Beschluß einer sofort seitens des Vorstandes einberufenden Verbandversammlung sämtliche Mitglieder für solidarisch zu erklären und gemeinschaftlich die Arbeit für Dachdecker und Arbeiter, inklusive Alfordarbeit zu sperren, ohne jedoch zur Entlassung der Poliere und Lehrlinge verbunden zu sein. Die erste Versammlung seit Gründung des „Verbandes“ tagte Mittwoch abend als „außerordentliche“ im Schultzei-Restaurant,

Neue Jakobstraße, um in der Hauptsache zu den Anforderungen der Arbeitnehmer (die Gesellen fordern den Achtstundentag bei einem Minimalstundenlohn von 90 Pf.) Stellung zu nehmen. Nach Verlesung der Forderungen wählten die Versammelten, ohne in eine Diskussion der einzelnen Tarifpositionen einzutreten, auf Vorschlag eines Bureaumitgliedes eine 15gliedrige Tarifkommission und beauftragten diese, unter Fuzierung der bestehenden Kommission der Fassung mit der Arbeitnehmerkommission über die Forderungen in Verhandlungen einzutreten.

Tariffbewegung der Brauereiarbeiter.

Am 21. Januar er. wurden die Tarife der Brauereiarbeiter seitens der Unternehmerorganisation, dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend und der beteiligten Arbeiterorganisationen unterzeichnet. Der Tarif der Sektion I (Brauereiarbeiter) enthält an Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit bei Nachtschicht — für die Tagsschicht bleibt die 9 1/2 stündige Arbeitszeit bestehen. Zusammendrängung der Bruttoarbeitszeit am Tage auf 11, bei Nacht auf 10 Stunden. Eine bedeutende Verbesserung bedeutet die Vergrößerung der Bruttoarbeitszeit für Dacharbeiter auf 9 1/2 Stunden. Bei Ueberstunden vor oder nach der regulären Schicht 1/2 Stunde Pause ohne Lohnabzug. Schichtanfang für Brauereien mit über 25 000 Jtr. Malzverbrauch pro Jahr frühestens 7 Uhr morgens resp. abends Erhöhung des Minimallohnes von 82 M. auf 85 M. pro Woche. Für diejenigen Brauereien mit einem Malzverbrauch von über 25 000 Jentner Betrag der Sach der zugelassenen minderbezahlten Arbeitnehmer bis dato 15 Proz., derselbe ist nunmehr auf 10 Proz. herabgesetzt worden. Erhöhung der Ueberstundenbezahlung von 60 Pf. auf 75 Pf. pro Stunde. An den beiden Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen 1 M. pro Ueberstunde. Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes nach zwei Jahren zwei Tagen steigend bis sechs Jahre und darüber auf eine Woche Urlaub. Die Dauer des Tarifes beträgt 3 1/2 Jahre, 31. März 1910. Die Verlängerung des Tarifes um 1/2 Jahre ist auf Antrag der Arbeiterorganisationen gegeben. Die erhöhten Löhne werden den beim Abschluß des Tarifes in den Brauereien beschäftigten Arbeitnehmern ab 1. Januar 1907 nachgezahlt.

Gerichts-Zeitung.

Die Auffassung des Schuhmanns bleibt maßgebend.

Zu einer Gefahr für die ohnehin sehr zweifelhafte Rechtssicherheit in Preußen ist die gerichtliche Praxis geworden, wonach die Auffassung des Schuhmanns für die Richter maßgebend ist und der Staatsbürger ohne Umstände verurteilt wird, wenn er einer noch so un begründeten Anordnung eines Schuhmanns nicht folgt. Dieser Zustand der Rechtsunsicherheit wird wieder einmal beleuchtet durch einen Fall, über den am Donnerstag die achte Strafkammer als Berufungsinstantz urteilte.

Angeschuldigt war der Metallarbeiter Neumann. Er kam am Morgen des 28. August von der Nachtschicht nach Hause, traf vor der Tür des Hauses, in dem er wohnt, einige ihm näher bekannte Hausbewohner, begrüßte sie und blieb im Gespräch mit ihnen stehen. Nun kam — nach der Darstellung Neumanns — der Schuhmann Bastermal und herrschte Neumann an, er solle da fortgehen. Neumann ging nicht, denn er fühlte sich berechtigt, in der Lohnvergnisse des von ihm bewohnten Hauses mit seinen Hausgenossen zu sprechen. Er sagte das auch dem Schuhmann. Der entsehrte sich zunächst eine kurze Strede. Währenddessen ist ihm jedenfalls das „subjektive Bewußtsein“ gekommen, daß Neumann seiner, des Schuhmanns, Aufforderung unbedingt folgen müsse. Er lehrte also um und nahm Neumann mit zur Holzzeitwache. Bei dieser Gelegenheit äußerte Neumann, daß die Arbeiter eines Kohlengeschäftes, welches sich in dem von ihm bewohnten Hause befindet, streikten, und daß die Hausgenossen, mit denen er sprach, zu den Streikenden gehörten. Das Vorgehen des Schuhmanns gegen Neumann erklärt sich also dadurch, daß der Schuhmann den Metallarbeiter Neumann für einen Streikposten der Kohlenarbeiter hielt. Als sich diese Verwechslung auf der Wache herausstellte, ging der Schuhmann — wie Neumann sagt — wieder hinaus mit den Worten: „Na, dann werde ich einen Kohlenarbeiter holen.“

Obgleich Neumann — wie aus diesem Verhalten des Schuhmanns hervorgeht — nicht der Richtige war, bedachte ihn die Polizei doch mit einem Strafbefehl von 30 M. Das Schöffengericht hat die Strafe auf 5 M. herabgesetzt. Auch dagegen legte Neumann im Bewußtsein seines Rechtes Berufung ein; er hatte aber damit keinen Erfolg. Zu seiner Rechtfertigung führte der Angeklagte an, daß er nicht verpflichtet sein könne, in diesem Falle der Aufforderung des Schuhmanns zu folgen, denn es dürfe ihm doch nicht verwehrt werden, innerhalb des Lohnweges des von ihm bewohnten Hauses zu stehen. Auf der Strafe habe er gar nicht gestanden; übrigens habe er sich um den Kohlenarbeiterstreik gar nicht gekümmert und es könne gar keine Rede davon sein, daß er als Streikposten im Lohnweg gestanden habe. — Nach diesen Darlegungen des Angeklagten schienen die Richter und auch der Staatsanwalt zunächst verwundert über das Vorgehen des Schuhmanns. Dieser wurde eingehend befragt und seine Aussage gab denn auch die juristische Handhabe, um die Berufung zu verwerfen. Der Schuhmann hatte natürlich die zur Verurteilung des Angeklagten erforderliche „subjektive Auffassung“, daß der im Lohnweg stehende Metallarbeiter Neumann arbeitswille Kohlenarbeiter belästigen könnte! Daß er irgendwen belästigt hat, oder daß er auch nur die Absicht hatte, jemand zu belästigen, das konnte der Schuhmann nicht bestritten, denn von Belästigungen hat er selbst nichts gesehen. Nur gehört hat er, daß der in dem fraglichen Hause wohnende Kohlenhändler Grimberg sich darüber beklagt hat, daß seine arbeitswillingen am Tage vorher „belästigt“ worden seien. Auf Ersuchen des Kohlenhändlers ist der Schuhmann vom Revier nach dem betreffenden Hause geschickt. Dort sah er Neumann und

einige andere stehen. Nach seiner „subjektiven Auffassung“ nahm der Schuhmann an, die Männer, welche im Haus vor standen, könnten vielleicht arbeitswillinge belästigen.

Diese Vermutung des Schuhmanns war maßgebend für das Schöffengericht, sie war auch maßgebend für die Berufungskammer, welche das Urteil des Schöffengerichts bestätigte. Auf den Einwand Neumanns, er habe nicht auf der Strafe, sondern innerhalb des Lohnweges gestanden, legte das Gericht kein Gewicht. Es unterstellte diese Tatsache als wahr und meinte, es komme gar nicht darauf an, wo der Angeklagte stand. Der Aufforderung des Schuhmanns, die im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ergangen sei, hätte der Angeklagte folgen müssen.

Aufruhrklage wegen Streikbrecher.

Ein großer Aufruhrprozeß spielt sich zurzeit vor dem Schwurgericht Würzburg ab. Es handelt sich um ein Nachspiel zu dem vorjährigen Streik der Steinarbeiter im Main-Sandsteingebiet. Angeklagt sind die Steinarbeiter Seb. Sauer, Demant, Grieb, Henselmann, Müller, Müller und Waltray wegen Verbrechen, Karl und Johann Sauer und Andreas Schmidt wegen Vergehens des Landfriedensbruchs. Die Aktiengesellschaft Main-Sandsteinwerke hat in verschiedenen Gegenden Unterfrankens Steinbrüche. In dem Betriebe in Uebelsbach wurde im vorigen Frühjahr eine Bewegung durchgeführt, die vom 11. April bis Pfingsten währte. Bald darauf entstand auch in den Brüchen zu Gohmannsdorf eine Bewegung, die hauptsächlich auf die Verfestigung des wilden Allordsystems gerichtet war. Die Firma lehnte in brüster Weise jedes Zugeständnis ab. Es entwickelte sich ein Kampf, der von Ende Mai bis den ganzen Sommer hindurch dauerte und auf beiden Seiten mit großer Fähigkeit geführt wurde. Der Hauptangeklagte Seb. Sauer war als Streikführer gemählt. Am 20. August kontrollierte er am Würzburger Bahnhofe die dort aufgestellten Streikposten, wobei er die Verabshung machte, daß der Geschäftsführer Kästner eine Ladung Streikbrecher von Uebelsbach nach Gohmannsdorf schaffen wolle. Sauer bestieg ebenfalls den Zug und versuchte unterwegs die arbeitswillingen zu bewegen, ihren Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. Aber die von dem Geschäftsführer aufgestellten Leute wiesen ihn mit Gohn und Spott zurück. Dann besuchte er per Fahrrad verschiedene Orte, in denen Steinarbeiter wohnten, um die Ankunft der Streikbrecher zu verhindern. Am Abend des gleichen Tages sammelten sich vor den Brüchen eine Anzahl Streikbrecher an. Nach Arbeitsstillstand hörte man in den Brüchen einen Schuß, der allgemein als Drohung aufgefaßt wurde. Als dann die arbeitswillingen aus den Brüchen herauskamen, suchten die Streikenden sie wiederum zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Man antwortete ihnen jedoch nur mit höhnischen Redensarten und Provokationen. Das führte nach und nach zu einem Wortgefecht, das in eine Schieberei und zuletzt in eine Prügelei ausartete, bei der es auf beiden Seiten Verletzungen gab, die jedoch nicht gefährlicher Natur waren. — Aus der Sache wurde ein „planmäßiger“ Ueberfall gemacht, bei dem der Streikführer Sauer den Kadelshofer gespielt habe. Die Untersuchung erstreckte sich ursprünglich auf 54 Personen, von denen aber 43 wieder außer Verfolgung gesetzt werden mußten. Die Verhandlung wird wahrscheinlich heute zu Ende gehen.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Handlungsgeschäftsversammlung fand Mittwoch abend in der Müllerstraße, Kaiser Wilhelmstraße, statt. Der Referent Gen. Vorhardski-Trepow behandelte ausführlich die Lage der Handlungsgeschäfte und zeigte den Versammelten, wie diese Lage zu der Erkenntnis führen muß, daß die Nation aus verschiedenen Klassen mit gegenwärtigen Interessen zusammengesetzt ist. Da gelte es Partei zu ergreifen für diejenige Klasse, von deren Sieg man einen Fortschritt der Kultur, einen Aufstieg der gesamten Nation erhoffen dürfe, das sei die Proletarierklasse. Deshalb müsse die politische Anschauung des denkenden Handlungsgeschäftes die sozialdemokratische sein, und er müsse bei der Wahl sozialdemokratisch stimmen. — Alsdann hielt der Kandidat des fünften Kreises, Genosse Robert Schmidt, eine längere Ansprache. — Zur Debatte meldete sich ein Kandidat des Reichsverbandes, der durch ein paar konfuse Redensarten große Heiterkeit erregte. Sobald er geendet, verließ er aus dem Saal. Er hatte seine Mühen verdient, und wenig lämmerte es ihn, ob und welchen Erfolg er erzielt hatte. — In seinem Schlußwort forderte Genosse Vorhardski die Anwesenden auf, nicht nur der sozialdemokratischen Partei, sondern auch dem Zentralverband der Handlungsgeschäfte beizutreten.

Witterungsüberblick vom 24. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C. Rows include Stoltenberg, Hamburg, Berlin, Rantfa a. M., München, Wien, Dabrand, Petersburg, Seilly, Akerbeek, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Januar 1907. Trocken und vorwiegend heiter bei etwas gelinderem Frost und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Am Mittwoch, den 23. Januar, entfiel sanft nach langen schweren Leiden im 64. Lebensjahre mein geliebter Mann, unser lieber, sorglicher Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Emil Klinkowski.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Hedwig-Gemeinde, Pfleustraße, aus statt.
 Dies zeigt tiefbetrübt an namens der Hinterbliebenen
 Frau **Antonie Klinkowski** geb. Noack, nebst Töchtern.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Nitzdorf. 32/7
Todes-Anzeige.
 Am Mittwoch, den 23. Januar verstarb unser treuer Kollege
Georg Ehlert.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Nitzdorf, Mariendorfer Weg aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Zweigvereinsvorstand

Verein Berliner Hausdiener.
 Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Todes-Anzeige.
 Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Max Ziegler
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet von der Halle des Siedler-Kirchhofes, Freiwalderstraße aus, am Freitag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung I.

Suche einen tüchtigen Arbeiter, welcher selbständig 10725* Automatenbänke bedienen und anfertigen kann, nach auswärts. Offerten unter G. 1 an die Exped. dieses Blattes.
Orts-Krankenkasse der Gürtler zu Berlin.
 Wassertorstraße 10/11 I.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß für das Jahr 1907 im Kassenlokal in Empfang genommen werden können.
 Berlin, den 24. Januar 1907.
 Der Vorstand.
 G. Kneiff.

Polologlow - Zigaretten
 sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
 Das Stück 3 bis 10 Pfennige
 Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 23. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser
Emil Klinkowski
 Sparstr. 2a.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des alten St. Hedwig-Kirchhofes in der Pfleustraße aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin und Umgegend. (Bezirk 12.)
 Allen Kameraden hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Fritz Bolle
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weisensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. 254/1
 Um rege Beteiligung bitten
 Die Bezirksleitung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Anna Herzog
 geb. Hoffmann
 am Montag, den 21. d. M., nach langen schweren, mit Geduld ertragenen Leiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nitzdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
 Der trauernde Gatte
Karl Herzog.

Beste Bettentüllung
 sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen
Monopoldaunen
 (geschl. geschützt) Pfund Mt. 2,50. 2-4 Pfund genügen 1 gr. Oberbett. Verf. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
 Berlin S. Prinzenstr. 46
 Großes Weißwaren-Spezialgeschäft Deutschland.

Brauerei Königstadt Aktien-Gesellschaft
 empfiehlt ihr vorzüglich geratenes
BOCKBIER
 in Fässern u. Flaschen und erbittet gefl. Bestellungen.
 Fernsprecher der Fassbier-Expedition Amt III No. 676.
 Flaschenbier-Abtlg. III. 3047.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G. in Görlitz.
 Gegründet im Jahre 1856.
 Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
 Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
 Alle Überschüsse fallen den Mitgliedern zu.
 Dividende seit 1898 ständig 25% eines Jahresbeitrages, für ältere Versicherungen 50%
 Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versich. über 30 Millionen M.
 Gesamtvermögen 21 Millionen M.
 Selbsterauszahlte Sterbegelder pp. 17 Millionen M.
 Selbster an die Mitglieder überwies. Dividende 5 Millionen M.
 Höchstzulässige Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.
 Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Einnahmer-Stellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheenstraße 70, Feldzeugmeisterstr. 9, Flemmingstr. 3, Madaistr. 7, Mookernstr. 12, Muskauerstr. 30, Prinzenstr. 100, Rathenowerstraße 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmatr. 40, Wassertorstraße 53, Weissenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 79, Wilhelmstr. 133.

Dankfagung.
 Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Steinmetz
Ernst Klonsdorf
 sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
 Witwe **Auguste Klonsdorf** nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Schmiedes
Gustav Heß
 sage ich allen meinen herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe:
Marie Heß.

Greift zu!
 den besten
 Monatsanzüge 9,50 M.
 Abonnementsanzüge . . . 10,50
 Anzüge, Gilet, f. Maß . . . 20,00
 Pfandlohanzüge 12,50
 Monatspaletots 9,50 M.
 Joppen 5,00, Feinleider 2,00
 Alles auch für fertige Figuren.
Zentral-Keller, Berlin SO., Neanderstraße 35.
 8 Min. von Stahls Jannowitzbrücke, an d. Köpenickerstr. Straßend.-Berggüt.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin, SW. 68. Lindenstr. 69.
 Zur Kollation, namentlich auf dem Lande, empfehlen wir angelegentlich
Das verbotene Blatt.
 Preis für 100 Exemplare 1 M.
 Porto 10 Pf.
Englischen Unterricht,
 einzeln und im Zirkel, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
 Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Kurz vor Eröffnung der Frühjahrs-Saison verkaufen wir an
10 Sonder-Verkaufs-Tagen
 Tausende Herren-Anzüge, einzelne Hosen und Westen,
 welche aus Resten unserer Mass-Abteilungen und der Fabrikation gefertigt oder aus unvollständigen Serien nach der Inventur aussortiert sind,
 zu teilweise bis unter die Hälfte der früheren Preise herabgesetzten Preisen.

Der Sonder-Verkauf beginnt am Sonnabend, dem 26. Januar.
 Herren-Anzüge 36.— 24.— 8 M. 65 | Herren-Hosen 8.— 6.— 2 M. 25 | Herren-Westen 3,50 2,50 1 M. 50
 18.— 15.— | 5.— 4.— | 2.—
 Grosse Mengen Knaben- und Jünglings-Anzüge und einzelne Hosen spottbillig.

Baer Sohn

Chausseestrasse 24a/25
 11 Brückenstrasse 11
 Gr. Frankfurter Str. 20

Kaufe bei „Blitz“
 Herren-Konfektion. Ausverkauf. Knaben-Konfektion.
 43, Kommandantenstr. 43, nur Hauptstr. 10, Schöneberg, Hauptstr. 10.
Extra billiger Sonderverkauf.
 Herren-Anzüge, Kavaliere jetzt 12⁵⁰ M. | Herren-Hose „Herkules“ jetzt 2⁴⁵ M.
 Herren-Paletots, Kavaliere jetzt 10⁵⁰ M. | Knaben-Anzüge u. Paletots, jetzt 2⁰⁰ M.
 80, Chausseestr. 80. 9, Rosenthalerstr. 9. 137, Gr. Frankfurterstr. 137.

H. Zimmermann
 Berlin SO., Juwelier Oranienstr. 206
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,
 Uhren-Großhandlung.
 Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
 Streng reell. — Billigste Preise.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
 Weidenweg 12, ab 1/2 ein Laden m. Wohnung, 60 M. d. Trüblich I.
Schöne Wohnungen
 Berlin N., Türkenstr. 19. Vorder- und Gartenhaus-Bohungen u. zwei Zimmer, Bad, Klo, u. Kammer, mit Limonadengeld billig z. verm. Näheres daselbst beim Verwalter 1 Tr. vorn.

Teures Fleisch — billige Seefische!!
 Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
 Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
 Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8304.
 Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
 Potsdamerstraße 112a | Prinzenstr. 30 | Madaistr. 22 | Landsbergerstr. 52-53
 bei der Lütowstraße. | am Moritzplatz. | im Schlesischen Bahnhof. | der Kurzen Straße gegenüber.
 Wilmersdorferstraße 111, am Stuttgarter Platz. Tel. Charlottenburg 6718.

Wir empfehlen besonders:
Kabeljau ohne Kopf 30 Pf.
Gr. Schellfisch 32 Pf.
 mit Kopf
 im ganzen Fisch.
 Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Heute abend 9 Uhr!

Verkündigung der Wahlresultate.

Erster Kreis.

Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.
Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Zweiter Kreis.

Bock-Brauerei, am Tempelhofer Berg.
Kliems Festsaal, Hasenheide 13.
Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
Alter Bürgergarten, Lindenstraße 105.
Zühlkes Festsaal, Dennewitzstraße 13.

Dritter Kreis.

Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
Buggenhagen, am Moritzplatz.
Rittersäle, Ritterstraße 75.
Zentral-Festsäle, Alte Jakobstraße 32.
Luisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Frankes Festsäle, Sebastianstraße 39.
Dresdener Kasino, Dresdenerstraße 97.
Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Fürstenhof, Köpenickerstraße 137/138.

Vierter Kreis.

Keller, Koppenstraße 29.
Markgrafensäle, Markgrafendamm.
Litfin, Memelerstraße 67.
Boeker, Weberstraße 17.
Englischer Garten, Alexanderstraße 27c.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Walter, Andreasstraße 21 (Andreas-Festsäle).
Köpenicker Hof, Köpenickerstraße 174.
Urania, Wrangelstraße 9/10.
Graumann, Raunynstraße 27.
Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.
Süd-Ost, Waldemarstraße 75.
Behrends Festsäle, Manteuffelstraße 95.

Fünfter Kreis.

Schweizergarten, Am Königstor.
Alt's Schützenhaus, Linienstraße 5.
Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.

Zahlreichen Besuch erwartet

Sechster Kreis.

Fröbel, Schönhauser Allee 148.
Groterjan, Schönhauser Allee 130.
Wilke, Brunnenstraße 188.
Daase, Brunnenstraße 154.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42.
Schirm, Badstraße 19.
Marienbad, Badstraße 35/36.
Bockbrauerei (früher Norddeutsche), Chausseestraße 58.
Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.
Sachon, Müllerstraße 136.
Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickeffstraße 24.

Teltow-Beeskow.

Zentralwahlbureau: **Charlottenburg**, Volkshaus, Rosinenstr. 3. Telephon: Amt Charlottenburg 4606.

Resultatverkündungen:

Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Schulz, Kaiser Friedrichstraße 24.
Rixdorf. Hoppe, Hermannstraße 49.
Thiel, Bergstraße 151/152.
Bruse, Kneſebeckstraße 113.
Heiekhaus, Karlsgarten 6/10.
Wollbrandt, Kirchhoffstraße 41.
Schöneberg. Obst, Weiningerstraße 8.

Niederbarnim.

Zentralwahlbureau: **Rummelsburg**, Restaurant Tempel, Alt-Boxhagen 56. Telephon: VII, 10078.

Resultatverkündungen:

Lichtenberg. Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.
Rummelsburg. Weigels Restaurant, Türschmidtstraße.
Weißensee. Schloß Weißensee.
Pankow. Rozyekis Gesellschaftshaus, Kreuzstraße 5/6.
Reinickendorf-Ost. Restaurant Brückner, Provinzstr. 82.
Reinickendorf-West. Franke, Eichbornstraße 18.
Wilhelmsruh. Petsch, Kronprinzenstraße 2.
Hermsdorf. Restaurant Forsthaus.
Tegel. Restaurant Gelhaar, Berlinerstraße.
Ober-Schöneweide. Kaufhold, Wilhelminenhofstr. 18.
Nieder-Schönhausen. Ratzeck, Kaiser Wilhelmstr. 10.
Stralau. Paul Schöps, Alt-Stralau 17.
Oranienburg. E. Schumann, Schützenstraße.
Bernau. Elysium.
Friedrichsfelde. Schulz, Wilhelmstraße 11.
Friedrichshagen. Restaurant Eiskeller, Friedrichstraße 96/97.

Der Aktionsausschuß.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Auf die Schanzen!

Der Tag der Reichstagswahl ist gekommen! Heute soll gehandelt werden! Da darf kein Wähler zurückbleiben! Auf jede Stimme kommt es heute an! Eine Stimme kann unter Umständen den Ausschlag geben.

Wer es irgend ermöglichen kann, stelle sich heute den einzelnen Wahlkomitees zur Verfügung; Hilfskräfte sind heute notwendiger denn je, da die Gegner mit Hochdruck arbeiten.

Was jeder Reichstagswähler für den 25. Januar wissen muß!

Was er wissen muß? Zunächst, daß das Reichstagswahlrecht ein anderes ist als das Wahlrecht für den Landtag oder die Gemeinde. Das Wahlrecht und auch das Wahlverfahren ist hier ein anderes.

Vor allem ist die Wahl zum Reichstag eine geheime.

Dieser Vorzug erklärt die außerordentliche Wahlbeteiligung, die man bei allen Reichstagswahlen beobachten kann. Er erklärt aber auch die Unbeliebtheit, die das Reichstagswahlrecht bei sämtlichen bürgerlichen Parteien, trotz aller schönen Redensarten sogenannter „Wahlrechtsfreunde“, genießt.

Wahlberechtigt

Sind bei den Reichstagswahlen auch Schlafburden und auch solche Personen, die keinerlei Steuern zahlen. Das ist für die bemittelte Bevölkerungsschichten und für die Parteien, die auf sie sich stützen, wieder noch ein Grund mehr, das Reichstagswahlrecht zu hassen.

Dauer des Wahlaktes.

Um 10 Uhr morgens beginnt die Wahl, um 7 Uhr abends wird sie geschlossen. Punkt 7 Uhr! Wer um diese Zeit noch nicht seinen Stimmzettel abgegeben hat, darf nicht mehr heran, auch wenn er schon im Wahllokal sich befand.

so zeitig wie möglich

zur Wahl geht. Wer sich leisten kann, komme möglichst schon am Vormittag. In den Abendstunden ist der Andrang groß; wer zu anderen Stunden kommen kann, sollte nicht am Abend anderen Wählern den Platz wegnehmen.

Sehe sich jeder Wähler mit Legitimation.

Uebrigens vergesse niemand, eine Legitimation mitzunehmen, durch die er sich über seine Person ausweisen kann. Für die Reichstagswahlen wird nämlich den Wählern keine amtliche Legitimation ins Haus geschickt.

Vorsicht gegen Stimmzettelveiteiler.

Vorsicht empfehlen wir auch gegenüber gewissen Zettelverteilern. Es gibt Zettelverteiler, die die Kandidaten des Freisinn, der Konservativen, des Zentrums usw. dreist als „Arbeiterkandidaten“ anpreisen, um Wähler aus der Arbeiterklasse zu überlocken.

Wissen muß ein verständiger Wähler überhaupt das, daß er überall keinem anderen Kandidaten als dem der Sozialdemokratie seine Stimme geben kann. Der richtige Stimmzettel ist immer nur der sozialdemokratische. Man kann ihn sich von Hause mitbringen und ihn in der Wahlzelle unbemerkt in das Kuvert stecken.

Bekanntmachung betreffend Reichstagswahl.

Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Nach § 15 des Wahlgesetzes vom 28. April 1903 hat jeder Wähler seinen Stimmzettel in einem amtlichen Umschlage dem Wahl-

vorstande zu überreichen. Das Hineinstecken des Stimmzettels in den Umschlag muß so geschehen, daß der Wähler dabei von dritten Personen nicht beobachtet werden kann. Zu diesem Zwecke wird in jedem Wahllokal ein Posterraum (Wahlzelle) hergerichtet, in welchem sich der Wähler begeben muß, bevor er an den Wahlstisch tritt.

Damit die Wahlen einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, ist dringend geboten, die Beachtung der folgenden Ordnungsvorschriften!

1. Die zur Stimmabgabe erscheinenden Wähler nehmen einzeln hintereinander nach der Reihenfolge ihres Eintreffens Aufstellung und rufen so allmählich zu der Wahlzelle heran. Bei größerem Andrang ist es wünschenswert, daß das hintere Ende dieser Wählerkette möglichst weit von dem Eingange zum eigentlichen Wahlraum gebildet wird, damit ein Gedränge an dem Eingange vermieden und denjenigen Wählern, welche ihre Stimme bereits abgegeben haben, das Verlassen des Wahlraumes nicht erschwert wird.

2. Eine Ueberfüllung des Wahlraumes, durch welche das ordnungsmäßige Herantreten der Wähler zur Wahlzelle oder das Verlassen des Lokals erschwert werden könnte, muß — insbesondere in der Zeit von 6 bis 7 Uhr — vermieden werden. Es empfiehlt sich daher, daß im allgemeinen jeder Wähler, welcher seine Stimme abgegeben hat, den Wahlraum sofort wieder verläßt, sofern nicht ausreichend Platz zu weiterem Aufenthalt vorhanden ist.

3. Den im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung vom Wahlvorsteher gegebenen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten. 4. Zur schnelleren Auffindung des Wählers in der Liste dient es, wenn derselbe zuerst seine Wohnung und dann den Namen nennt.

5. Jeder Wähler, welcher es ermöglichen kann, läßt sein Wahlrecht in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 12 Uhr aus.

6. Da nach Vorschrift des Wahlgesetzes die Abstimmung pünktlich um 7 Uhr für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahllokal befinden, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen, möglichst frühzeitig, spätestens aber zwischen 6 und 7 1/2 Uhr im Wahllokal zu erscheinen.

Zentralwahlbüreau unserer Partei.

- 1. Wahlkreis, Restaurant Weichnack, Grünstr. 21. Amt I 1787.
2. Referentenschule, Lindenstr. 3 (letzte Hof). Amt IV 10170.
3. Restaurant Busch, Dresdenerstr. 116. Amt IV 4174.
4. Perkowski, Andreasstr. 26. Amt VII 945.
5. Ränzer, Sophienstr. 6. Amt III 8367.
6. Fahrrow, Ravenöstr. 6. Amt III 2137.

Teltow-Beeskow. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 3. Amt Charlottenburg 4606.
Niederbarnim. Borhagen-Kummelsburg, Tempel, Alt-Borghagen 56. Amt VII 10 078.

Für diejenigen Kreise, welche am Wahltag Hilfskräfte gebrauchen, teilen wir nachstehend die Bezirkswahlbüreaus mit, von welchen aus die Zuweisung erfolgen kann:

3. Kreis.

Dieserjenige Genossen, die ihre Mitarbeit in bestimmten Bezirken nicht zugesagt haben, werden ersucht, sich von 8 Uhr ab im Zentralwahlbüreau

Restaurant Busch, Dresdenerstr. 116

der Partei zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Beteiligung ist dringend erforderlich.

4. Kreis.

Südost. Fröhlich, Muskauerstr. 1. Amt IV 4519.
Osten (Landsberger Viertel). Wehersdorf, Eibingerstr. 9, Amt VII 6843.
Osten (Stralauer Viertel). Jieg, Warschauerstr. 61, Amt VII 3327 und vom Zentralwahlbüreau.

6. Kreis.

- 1. Bernau, Schwedterstr. 23, Amt III 83.
2. Ludwig Franz, N. 58, Dunderstr. 8, Amt III 8969.
3. Gude, Kopenhagenerstr. 74, Amt III 2472.
4. Wille, Brunnenstr. 198, Amt III 6325.
5. Fritz Bergmann, Brunnenstr. 79, Amt III 2572.
6. Paul Agthe, Pfingststr. 5, Amt III 2271.
7. Georg Bieleke, Waldstr. 8, Amt II 660.
8. Fritz Jieg, Wiesenstr. 29, Amt II 1238.
9. Heinrich Sauerweiser, Nagstr. 16.
10. Albert Knapp, Grünhägerstraße 6, Amt III 787 und vom Zentralwahlbüreau.

Die Wahlhelfer,

die den ganzen Tag sich zur Verfügung stellen, wollen sich schon um 8 Uhr in dem Abteilungsbüreau bezw. Bezirkslokal ihres Kreises einfinden, damit die Zuteilung der Wahlarbeit loyaler erfolgen kann. Diejenigen Genossen, die nur teilweise abkömmlich sind und zur Ablösung anderer Genossen sich bereit erklärt haben, wollen sich recht pünktlich in ihrem Abteilungsbüreau bezw. Bezirkslokale einfinden.

Die Genossen des 6. Kreises, welche im 1. Kreise geholfen haben, werden gebeten, sich an den Stellen, an welchen sie vorher tätig waren, einzufinden.

Bezirksbüreaus.

2. Kreis.

- 1. Restaurant Biemers, Wöllowstr. 69, Amt VI 0247.
2. Großmann, Magdeburgerplatz 3, Amt VI 9456.
3. Damm, Schützenstr. 18/19.
4. Schmidt, Lindenstr. 3, II. Hof.
5. Saß, Hornstr. 2, Amt VI 9984.
6. Thomsen, Smeisenastr. 30, Amt IV 1408.
7. Van, Boedstr. 7, Amt IV 2840.
8. Donath, Schönleinstr. 6, Amt IV 1391.

5. Kreis.

- 1. Abteilung: Sacke, Greifswalderstr. 37, Amt VII 6486.
2. Schackwitz, Neue Königstr. 30, Amt VII 1118.
3. Wallburg, Kaiser Wilhelmstr. 18a, Amt III 1026.

- 4. Abteilung: Wohlfarth, Rosenhägerstr. 57, Amt III 1296.
5. Hummel, Sophienstr. 5, Amt III 1906.
6. Blitshow, Wollersstr. 68, Amt III 8965, Nebenanschl.
7. Kürbis, Luisenstr. 23, Amt III 1040.

Weitere Veränderungen bezw. Berichtigungen von Wahllokalen.

- Im 2. Wahlkreise.
Wahlbez. 69. „Fürst Wilow“, Potsdamerstr. 45, Hof Luergebäude — Saaleingang —.
Wahlbez. 70. Wöllowstr. 12 bei Stegemann.
Im 3. Wahlkreise.
Wahlbez. 158. Skalygerstr. 142 bei Kurker, Hof part.
157. Skalygerstr. 142 bei Kurker, born.
241. Feilnerstr. 10 bei Schumacher.
Im 4. Wahlkreise.
Wahlbez. 349. Lorellstr. 7 bei Brayle.
398. „Jägerheim“, Landsberger Allee 48.
Im 6. Wahlkreise.
Wahlbez. 498. 105./121. Gemeindefschule, Prenzlauer Allee 227/228 — Turnhalle —.
681. Stargarderstr. 60 bei Gatzbarth.
642. Schönhauser Allee 107 bei Wolter.
601. Vorfigstr. 31b bei Vertworner.
661. „Kronenbrauerei“, Alt-Weißb. 48, part. rechts.
672. 41./242. Gemeindefschule, Emdenerstr. 16 — Turnhalle —.
675. Dorothaeenschule, Wilhelmshäbenerstr. 2 — Turnhalle —.
680. Pultigstr. 10 bei Lanvrecht.
681. 168. Gemeindefschule, Stephanstr. 27 — Aula —.
688. Luigowstr. 70 bei Danse.
695. Senblitzstr. 14 bei Lonerhaas.
704. 70./202. Gemeindefschule, Ravenöstr. 13 — Aula —.
705. Müllerstr. 7 bei Milbrodt.
715. Brühlstr. 5 bei Langfeld.
736. 73. Gemeindefschule, Wiesenstr. 66 — Aula —.
Druckfehlerberichtigung.
Im 4. Wahlkreise.
Wahlbez. 410. Muß heißen Pöyowstr. 21—25.

Die Zahl der Wahlberechtigten

in den einzelnen Berliner Kreisen wird endlich bekannt gegeben. Nach der nun erfolgten Zusammenstellung sind im 1. Berliner Wahlkreise 16 266 Personen wahlberechtigt, gegen 17 505 im Jahre 1903 bei der letzten Reichstagswahl; im 2. Wahlkreise sind 82 973 gegen 81 245 wahlberechtigt; im 3. Wahlkreise 30 655 gegen 31 513; im 4. Wahlkreise 133 082 gegen 115 851; im 5. Wahlkreise 34 520 gegen 33 825, und im 6. Wahlkreise 194 741 gegen 164 982 vor vier Jahren. Danach hat die Zahl der Wahlberechtigten im 1. und 3. Berliner Wahlkreise ab- und in den übrigen zugenommen. Niederbarnim weist 110 620 Wahlberechtigte auf gegen 85 371 im Jahre 1903. Teltow-Beeskow hat 245 106 Wahlberechtigte gegen 183 076 im Jahre 1903.

Ein Flugblatt der Konservativen im dritten Wahlkreise, das gestern morgen verbreitet wurde, erzählt gläubigen Lesern, daß ihr Kandidat Bredered in einer sozialdemokratischen Versammlung gemißhandelt worden wäre. Es heißt da:

„Er trat am Sonntag, den 20. Januar mittags bei Suggenhagen in einer sozialdemokratischen Versammlung unter dem Loben der Genossen in längeren Ausführungen dem sozialistischen Kandidaten Heine scharf entgegen. Als er nach seiner Rede den Saal verlassen wollte, wurde er an der Saaltür überfallen, beschimpft und tätlich angegriffen und mußte sich vor den feigen Angreifern in die Versammlung zurückziehen.“

Dieselbe Angelegenheit wurde auch in der Presse in entstellter Weise behandelt. So schrieb die „Freisinnige Ztg.“:

„Im dritten Berliner Wahlkreise wurde Herr Rechtsanwalt Bredered bei einer Versammlung am Sonntag ins Weid geschlagen und mußte sich bis zum Schluß der Versammlung unter polizeilichem Schutze stellen.“

Demgegenüber können wir wahrheitsgemäß feststellen, daß Herrn Bredered in jener Versammlung volle Redefreiheit gewährt wurde. Daß seine Rede kurze Unterbrechungen durch heftigen Widerspruch aus der Mitte der Versammlung heraus erdulden mußte, war bei den oft sehr starken Ausfällen, die der Redner beliebte, nicht zu verwundern. Es ist ferner festgestellt, daß Herr Bredered nicht im mindesten tätlich angegriffen wurde. Man hörte seine Rede zu Ende und erwartete, daß er nun auch den Segner, unseren Genossen Heine, anhören würde. Es mißfiel den Versammelten, daß er den Saal plötzlich verlassen wollte; einige nannten es feige. Diese Bewegung im Saale und der Vorwurf der Feigheit erfüllten Herrn Bredered mit Angst und Schrecken; er rief laut: „Herr Kollege Heine, ich bitte Sie, mich zu schützen!“ — Also nicht unter polizeilichem Schutze, sondern unter dem Schutze selbst stellte sich Herr Bredered und dieser Schutze wurde ihm sogleich und bereitwillig gewährt und nur zu seiner Beruhigung, denn sonst lag keine Veranlassung vor. Er nahm sogar zum Schluß noch einmal das Wort und erwähnte dabei den Vorfall mit keiner Silbe. Auch war die Polizei da, die nicht einmal versucht hatte, einzuschreiten, also noch ein Beweis, daß die Berichte von Mißhandlungen Lügenhaft sind.

Schutz dem mühelosen Gewinn?

Der erste Wahlkreis Berlins, des Berliner Freisinn's letzter Schlupfwinkel, wird diesmal heißer als je umstritten. Wie sehr der Freisinn fühlt, daß er mit seinem Kampfe, den er den Wählern des Kreises aufs neue als ihren Vertreter zumuten will, sich in arger Bedrängnis befindet, das lehrt schon ein Blick in die freisinnigen Blätter Berlins. Tag für Tag werden besonders die „Vossische Zeitung“ und die „Freisinnige Zeitung“ für diesen Mann, der erst vor wenigen Monaten in unserer Stadtverordnetenversammlung durch sein Eintreten für die Grundstückspekulanten sich selber gezeichnet hat.

Daß die Grundstückspekulanten ihrem Schutzpatron ihre Stimme geben wollen — nun, das versteht sich. Auch die Hansbesitzer werden keinen darüber übersehen, daß sie offiziell erklären, nur für den Freisinnskandidaten Stadtverordneten Kampf dürfe ein Hansbesitzer stimmen. Verwunderlich ist aber, daß noch in letzter Stunde versucht wird, auch die kleinen Gewerbetreibenden für den Schiller des mühelosen Gewinnes mobil zu machen. Ein Aufruf, der von verschiedenen Innungsobmännern unterschrieben ist, versichert von Herrn Kampf, er habe bewiesen, daß er ein Freund des Handwerks sei und die Handwerkerinteressen zu fördern wünsche.

Hier hört in der Tat alles auf! Wer die Grundstückspekulanten schützt und den großen Terraingesellschaften die Stange hält, der muß zu den ärgsten Feinden der kleinen Gewerbetreibenden gerechnet werden. Die hohen Meien, die für gewerbliche Räume

gezählt werden müssen, sind für manchen selbständigen Handwerker der Anfang vom Ende. Die Spekulation frisst, die den Preis der Grundstücke so weit hinauf treiben, daß der Hausbesitzer, schon um nur herauszukommen, was er in sein Haus an Kapital hineingesteckt hat, hohe Mieten fordern muß. Daß viele „Hausbesitzer“ eigentlich nur Strohmänner für kapitalmächtige „Terrain-“ und Baugesellschaften sind, das sei hier am Rande bemerkt.

Uebrigens sucht oft auch der Hausbesitzer womöglich noch dem Kleingewerbetreibenden das Fell über die Ohren zu ziehen. Sobald er spürt, daß bei seinem Mieter das Geschäft flattert zu gehen beginnt, kalkuliert er sich schon den Profitanteil, den er für sich selber von dem Ertrag der Arbeit seines Mieters einfordern könnte. Er selber hat zwar nichts dazu getan, das Geschäft des Mieters in Gang zu bringen. Aber das ist ja sehr egal. Hat vorher die Gilde der Grundstückspekulanten ihren mühseligen Gewinn einzuheben dürfen, so will auch der Hausbesitzer mühselos an fremdem Gewinn beteiligt werden. Wenn dann der Mietkontrakt abgelaufen ist und der Mieter den Herrn Wirt um Kontraktverneuerung ersucht, präsentiert der ihm eine Mietsteigerung — für nichts und wieder nichts!

Dem Freisinn eine Niederlage auch im ersten Kreise zu bereiten, ist geradezu eine Ehrenpflicht für die werktätige Bevölkerung Berlins. Der Freisinn hat das schon dadurch verdient, daß er den Wählern wiederum Herrn Köpff zu bieten wagt, der in der Stadtverordnetenversammlung das Interesse der Grundstückspekulation mit einem Knackbrun verteidigt hat, wie wir das an ihm bisher in keiner anderen Frage erlebt haben. Diefem Mann muß das Ehrenamt eines Vertreters von Berlin I genommen werden. Das Durchzusehen, kann nur der Sozialdemokratie gelingen.

Jeder Wähler des ersten Kreises muß heute für den Kandidaten der Sozialdemokratie Dr. Leo Krone seine Stimme abgeben! Mit Ausnahme der Grundstückspekulanten, Hausagrarier und Konfessionen! Die überlassen wir neidlos dem Freisinnskandidaten Köpff — er ist ihrer würdig.

Des Freisinn's „Hoffnung“ und sein „Stolz“.

„Auf eins blickt ganz Berlin, ganz Deutschland, ja die ganze Welt!“ Herr Rosenow war's, der am Mittwoch in einer Versammlung freisinniger Wähler des dritten Kreises diese Worte hinaustrumpfte. Auf uns — d. h. auf den dritten Kreis, in dem Herr Rosenow für den Freisinn „die rote Fahne herunterholen“ will! Auf uns — d. h. speziell auf Herrn Rosenow, der des Freisinn's „Hoffnung“ ist und sein „Stolz“.

Will man das Wesen des Freisinn's kennen lernen — in Herrn Rosenow ist es aufs vollkommenste verkörpert. In politischen Fragen fortschrittlich sich stellend, in wirtschaftlichen Fragen rückwärtlich sich offenbarend — so ist der Freisinn, und so präsentiert sich den Wählern Herr Rosenow. Am Mittwoch tobte er gegen ein für unseren Genossen Heine im dritten Kreis verbreitetes Flugblatt: „Es ist eine elende Verleumdung, daß wir gegen die Koalitionsfreiheit seien, wie es in diesem Flugblatt heißt!“ Gewiß, Herr Rosenow und all die anderen Freisinnigen, die in den letzten Wochen vor die Wähler hintraten und um ihre Stimme warben, erklärten sich regelmäßig für das Koalitionsrecht. Aber ebenso regelmäßig feuerten sie die Liberalen an, sich aufzuraffen, um der „verheerenden Agitation der Organisationen“ ein Ende zu machen, die nur Zwietracht säen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Herr's Euth, Arbeiter: Sonnen will Euch der Freisinn das Koalitionsrecht — nur dürft Ihr keinen Gebrauch davon machen, der Euren „Brotherrn“ unbehagen werden kann. Herr Rosenow und seine Gefinnungsfreunde in den anderen Wahlkreisen haben in den letzten Wochen in ihren Wählerversammlungen sich hundertfach in diesem Sinne geäußert, und auch in der Versammlung vom Mittwoch bekam man das wieder zu hören.

Wieder erhob Herr Rosenow, der „sachlich“, „höflich“ und „bescheiden“ kämpfende Mann, gegen die Sozialdemokratie auch den Vorwurf, ihr liege ja gar nichts daran, die Arbeiter zu befriedigen, sie könne nur unzufriedene Arbeiter brauchen. Dreißt behauptete er, in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sei nach Ablehnung sozialdemokratischer Forderungen mehrfach von sozialdemokratischen Rednern gesagt worden: „Wir freuen uns, daß die Sache so ist. Jetzt werden die Arbeiter noch unzufriedener.“ „Das ist die Hauptsache“ fügte er hinzu, in demselben Atemzuge und ohne durch eine erkennbare Medepause das unaussprechliche Gespindel seiner Worte zu unterbrechen. Herr Rosenow stellte da wieder eine der dreifachen Unwahrheiten auf, durch die er in diesem Wahlkampf „berühmt“ geworden ist. Wohl haben in der Stadtverordneten-Versammlung unsere Genossen oft darauf hingewiesen, daß der Freisinn mit seiner Ablehnung berechtigter Forderungen die Unzufriedenheit nur noch weiter steigert. Aber niemals hat einer von ihnen erklärt, er „freue sich“ darüber. Ob der Ruf „Das ist die Hauptsache!“ nur ein Urteil Rosenow's oder gleichfalls eine Neuherung eines unserer Genossen im Berliner Stadtparlament sein sollte, das wurde nicht ganz klar. Meinete Herr Rosenow das letztere, so hat der „bescheidene“ Mann auch hier wieder die Unwahrheit gesagt.

Gerade dieser strupellose Wählerarbeit hat Herr Rosenow es zu danken, daß er es dahin gebracht hat, heute des Freisinn's „Hoffnung“ und sein „Stolz“ zu sein. Für sein Treiben ist der gesamte Freisinn verantwortlich, und es wird ja auch vom gesamten Freisinn gebilligt und mitgemacht. Der Freisinn hat in den letzten Wochen in allen Wahlkreisen Berlins eine überaus rührige Agitation entfaltet, wie wir sie dort drüben seit zwanzig Jahren nicht beobachtet haben. Wir denken aber, daß er durch die schädlichen Mittel, mit denen er gearbeitet hat, den Wählern die Augen geöffnet und ihnen klar gemacht haben wird, was er selber wert ist. Bürgermeister Meide und Stadtverordneter Cassel, die Freisinnskandidaten des zweiten und des fünften Kreises, die in Rosenow's Versammlung gleichfalls sprachen und ihm nach-eiferten, erwarten vom 23. Januar, daß an ihm der „alte Liberalismus“, der Berlin „groß gemacht“ habe, wieder erwachen werde. Möge dieser Tag dem Berliner Freisinn überall die verdiente Niederlage bringen!

Die „Post“ mit der doppelten Moral.

Die „Post“ tobt in ihrer gestrigen Abendzeitung darüber, daß Stadtthagen gegen das „Post“-Verleumdungsgesetz den Staatsanwalt angerufen hat. Da gelte das Wort „der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Demunziant“. Wenige Tage zuvor donnerte sie gegen Stadtthagen, daß er die Kanakeln nicht vor das Gericht ziehe, die ihn verdächtigen usw. Derartige Doppelmoral und solche Töbtsuchtensfälle sind bei der „Post“ nicht gerade auffallend. In diesem Falle sind sie aus besonderen Gründen begreiflich. Das von dem schonhufenschen polizeilichen Hintermann der „Post“ mit beeinflusste Pamphlet gegen Stadtthagen fand erst die Zurückweisung durch den Reichsverband. Dann verurteilt die ehrbare „Post“ einige 40 Wähler an die Mitglieder des Niederbarnimer nationalen Komitees. Aber auch hier fand sie die erwartete Gegenliebe nicht. Einer der extragierlichsten Gegner Stadtthagen's wies entsetzt darauf hin, daß ja die gesamte Gebärensache bereits vor 13 Jahren des ausführlichsten im Reichstage auf Stadtthagen's Antrag hin verhandelt ist und daß die Staatsanwaltschaft und auf Verlangen die Oberstaatsanwaltschaft und der Justizminister den Antrag Stadtthagen's, ihn wegen angeblich bewahrter Gebärensache in Anklage zu versetzen, abgelehnt hat. Es sei nicht würdig, diese Affäre, die sicherlich nicht gegen Stadtthagen spreche, so verleumderisch zu behandeln. Die 120 000 Flugblätter sind sie und fertiggestellt. Ob die „Post“ von ihren Hinterleuten die Druckkosten ersetzt erhalten hat, wissen wir nicht. Die verleumderische Tätigkeit dieses Scharfmacher- und Sudelblattes hat sich wieder mal

gar prächtig offenbart. Möge die Antwort der Wähler auf solche elenden Machwerke heute so ausfallen, daß sie auch für die Feilschergen der „Post“ verständlich wird.

Die Verkündigung der Wahlergebnisse

erfolgt heute abend in zahlreichen Versammlungen, die für die verschiedenen Stadtviertel einberufen sind. Die Parteiorganisation hat Vorkehrungen getroffen, daß die in der „Vorwärts“-Redaktion aus dem Reichs einlaufenden telegraphischen Nachrichten auf dem schnellsten Wege nach den einzelnen Versammlungen gelangen. Eine fliegende Kolonne ist zu diesem Zweck von Arbeiter-Kadavern gebildet, die die Resultate auf ihren schnellen Stahlrosen den Versammlungsmitgliedern übermitteln. Die Versammlungsorte sind aus dem Interatenteile ersichtlich.

Wahlversammlungen.

Zweiter Wahlkreis.

Zum letztenmal vor der Entscheidung hatten unsere Genossen im zweiten Wahlkreis die Wähler am Mittwoch zu Versammlungen zusammenberufen, während der Donnerstagsabend einer Flugblattverbreitung gewidmet wurde. Im überfüllten großen Saale der Viktoria-Brauerei, wo die Polizei absperrte, richtete der sozialdemokratische Kandidat Richard Fischer einen letzten Appell an die zahlreich Versammelten, den zweiten Wahlkreis im ersten Ansturm wieder für die Sozialdemokratie zu erobern. Diese Aufforderung löste einen Beifallssturm aus, der Kunde gab von der frohen Kampfstimmung in der Versammlung.

Im großen Saal des Hofsägerpalastes in der Hasenheide sprach zur gleichen Zeit vor etwa 500 Personen Genosse Redakteur Bloch, der es sich zur Aufgabe machte, mit den Entstellungen, Lügen und Verleumdungen der gegnerischen Flugblätter aufzuräumen. Jede Minute, die noch bleibe, müsse ausgenutzt werden, um Richard Fischer, dem bisherigen eifrigen und arbeitsfreudigen Vertreter des Kreises, zu einem glänzenden Siege zu verhelfen. (Großer Beifall.)

Im Gesellschaftshause, Wasserthorstraße 68, fand am Mittwoch eine Versammlung statt, wo Genosse Bernuth die Reichstagswahl besprach. Sowohl die Ausführungen des Redners über die Gegenwarts- als auch seine Hinweise auf die Zukunftsideale unserer Partei fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Ebenso die für lebhafteste Wahlbeteiligung anfeuernden Worte des Vorsitzenden, die dieser zum Schluß an die Genossen richtete.

Dritter Wahlkreis.

Am Mittwoch fanden in diesem Kreise wieder drei Wählerversammlungen statt, die hauptsächlich den Zweck hatten, das Eigenbewußtsein zu wecken, mit dem die Gegner die Wehr der Wählerkraft zu umspinnen versuchen. In allen Versammlungen sprach außer den Referenten auch der Kandidat, Genosse Heine.

Bei Graumann in der Rauninstrasse referierte vor einer zahlreichen Zuhörerschaft der Kandidat des fünften Wahlkreises, Genosse Robert Schmidt. Die so außerordentlich protogzierende Weise, wie die Regierung in diesem Wahlkampf Stellung nimmt, habe anfangs eine Art Kampfesfreude in den Reihen der Gegner hervorgerufen, so bemerkte der Redner einleitend. Je mehr aber die Kräfte gemessen würden, um so zaghafter und sorgloser gingen die Gegner dem Wahltage entgegen, um so mehr aber wachse auf unserer Seite der Kampfesmut. Genosse Schmidt befahte sich dann mit der langen Tischrede Willows und deutete die ganze Hofflichkeit und Phrosenhaftigkeit dieser Reichstags-Agitation auf, zeigte auch, wie die Regierung und ihre Landräte die Verleger und Redakteure der Kreislätter unter ihrer Fuchtel halten, die Redakteure zwingen, in jenen Blättern die Wahrheit totzuschweigen, ja, Lügen zu verbreiten und sich selbst zu Verurteilern ihrer eigenen Meinung zu machen. Zum Schluß seines inhaltsreichen Vortrages forderte der Redner die Genossen auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, um durch die Wahl dahin zu wirken, daß dieser ganzen reaktionären Wirkkraft endlich ein Ziel gesetzt werde. — Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse Gottfried Schulz sowie der Vorsitzende Genosse König richteten ebenfalls anfeuernde Worte an die Genossen.

Der Saal des Gesellschaftshauses in der Prinzenstraße war voll besetzt. Hier war der Referent Genosse Gottfried Schulz, der die kolonialpolitische Mißwirtschaft wie das ganze Treiben der Reaktion gebührend geißelte und demgegenüber den Kampf der Sozialdemokratie für echte Kultur und Volksherrschaft beleuchtete; die nichtswürdigen Verdächtigungen unserer Partei durch die Gegner in ihrer ganzen Erbarmlichkeit enthüllte. Er schloß mit der Mahnung, daß alle, die von dem hohen Streben der Sozialdemokratie durchdrungen sind, tatkräftig für die Kandidatur Heine's wirken mögen. Gegner verlangten auch hier nicht das Wort.

Am Mittwoch sprach Genosse Singer in einer sehr stark besuchten Versammlung, die im Centraltheater-Saal in der Alten Jakobstraße tagte. Ausgehend von der Tatsache, daß es sich bei diesem Wahlkampf nicht nur um die Kolonialpolitik, sondern um das Urteil des Volkes über die Gesamtpolitik der Regierung handelt, beleuchtete der Redner die gegenwärtige Situation, wie auch die weitergehenden Forderungen unserer Partei. Scharf ging er ins Gericht mit den bürgerlichen Parteien, von denen die arbeitende Bevölkerung nichts zu erwarten hat, als eine Vermehrung ihrer Lasten und eine Beschränkung ihrer Rechte. Unter stürmischen Beifall plädierte der Redner am Schluß seines zweifelhigen Vortrages für massenhafte Wahlbeteiligung zugunsten der Sozialdemokratie. Die Stimmung der Versammelten ließ keinen Zweifel darüber, daß sie sowohl durch ihre Stimmabgabe als auch durch rege Beteiligung an den Wahlarbeiten zum Siege der Sozialdemokratie beitragen werden.

Sechster Wahlkreis.

Im Lokal von Sachon in der Müllerstraße sprach Genosse Störmer vor einer überfüllten Versammlung. Seine volkstümliche Art, wie er die Lage der arbeitenden Klasse schilderte und ihre Not dem Heberlauf der besitzenden Klasse gegenüberstellte, machte starken Eindruck. — Zur Diskussion meldete sich nur ein Genosse, der im Sinne des Referenten sprach. Mit Hochrufen auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Kreis Teltow.

Brig. Bis auf den letzten Platz gefüllt war am Montag, den 21. Januar, dem Jahrestage des „roten“ Sonntags, der große Saal des Rosterschen Lokals, wo der Kandidat des Kreises, Genosse Zubeil, über „Persönlicher Wille oder Volksrecht“ referierte. Annähernd 1000 Personen lauschten den Ausführungen des Redners und gaben am Schluß derselben durch brausenden Beifall kund, daß sie sich mit den Ausführungen einverstanden erklärten. — In der Diskussion stellte der Vorsitzende fest, daß die Gegner auch diesmal nicht den Mut besaßen hätten, zu erscheinen und ihre Ansichten darzulegen, trotzdem sie auf Plakaten und Handzetteln ganz besonders eingeladen waren. — Genossin Thiel-Tempelhof forderte die zahlreich anwesenden Frauen auf, die Männer im Wahlkampf zu unterstützen, denn wenn auch die Frauen politisch rechtlos sind, müssen sie doch zeigen, daß sie nicht machtlos sind und dafür sorgen, daß jeder säumige Wähler an die Wahlurne gebracht werde, damit Genosse Zubeil mit großer Majorität gewählt werde. Der Arbeitergesangsverein „Brig“ leitete die Versammlung durch Gesang ein und sang auch zum Schluß derselben ein Lied.

Budow. Trozdem die hiesigen Saalbesitzer der Arbeiterschaft ihre Säle verweigern, fand hier am 22. Januar die erste sozialdemokratische Versammlung statt. Der sozialdemokratische Wahlverein für Brig hatte in das durch Umbau räumlich erweiterte Arbeiterverkehrlokal von Klein eine Vereinsversammlung einberufen und dazu die Arbeiter Budows als Gäste eingeladen.

Birka 90—100 Mann hatten sich eingefunden und folgten mit regem Interesse den Ausführungen des Genossen Händel. — In der Diskussion machte Genosse Sadamed-Budow auf eine Reihe von Mißständen im Ort aufmerksam, den Versammelten damit zeigend, daß sie alle Ursache hätten, unzufrieden zu sein und sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen.

Ueberfüllte Wählerversammlungen fanden noch statt in Marien-dorf und Marienfelde, wo die Genossen Simon Kagenstein und Gebert-Charlottenburg die Versammelten für den Wahlkampf begeisterten.

Nieder-Barnim.

Wie es mit der angeforderten Redefreiheit in bürgerlichen Versammlungen bestellt ist, bewies die am Mittwoch im Saale der Germania-Brauerei stattgehabte „nationale“ Wählerversammlung, in der der Kandidat Ziechen sein Programm darlegte. Genosse Kloth beantragte Durcauwahl, das wurde aber vom Vorsitzenden, Buchdruckerbesitzer Koth, unter dem Hinweis auf das Hausrecht abgelehnt. Ueberhaupt legte der Herr ganz eigenartige Proben seiner Geschäftsführung ab, die die zugesicherte Redefreiheit geradezu illusorisch machte. Kaum hatte nämlich Kloth als erster Diskussionsredner 5 Minuten gesprochen, so unterbrach er ihn durch längere Ausführungen über das zahlreiche Material, welches Kloth ins Feld führte. Bald darauf unterzog er ihm das Verlesen von Zitierten aus bürgerlichen Zeitungen über die Kolonialpolitik, und sobald Kloth sich gegen eine solche sonderbare Auslegung der freien Aussprache wandte, drohte er ihm das Wort zu entziehen. Die Ausführungen unseres Redners wurden von einem großen Teil der Versammlung mit wiederholtem lebhaftem Beifall aufgenommen. Alle Schleusen persönlicher Verdächtigungen gegen unseren Kandidaten Stadtthagen öffneten sich, als ein Rechtsanwalt Dr. Berger und der Vorsitzende der Versammlung, Koth, selbst als Diskussionsredner auftraten. Die große Mehrzahl der Anwesenden wurde hierüber so empört, besonders durch die jeden Anstandsgefühl baren Körperbelegungen des Herrn Koth, daß sie unter den Klängen der Arbeitermarschmarche die Versammlung verließen. Kaum hundert nationale Wähler blieben zurück.

Pankow. Am Mittwoch wurde im großen Saale des „Kurfürsten“ eine bis auf den letzten Platz gefüllte Wählerversammlung abgehalten. Genosse Artur Stadtthagen sprach unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung durch den Genossen Kober nicht. Die Versammlung wurde mit Hochs auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten geschlossen. — Nach der Versammlung trat ein Mitglied des Pankower Wahlkomitees der Gegner um Verlegung des von Stadtthagen in seiner Rede erwähnten und gekennzeichneten in der „Post“ hergestellten Flugblattes. Dem Komiteemitglied wurde bereitwillig von dem Flugblatt der erste Entwurf mit dem Namen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie als Verleger und der letzte, mit dem Namen „Wahlkomitee der nationalen Wähler“ unterzeichnete, vorgelegt. Das Mitglied des bürgerlichen Wahlkomitees erklärte, daß ihm keinerlei Kenntnis von dem Flugblatt geworden sei, er halte ein solches Maßwerk für ein unwürdiges Kampfmittel, zu dessen Verbreitung sich die Pankower Bürgerlichen nicht hergeben würden.

Nieder-Schönhausen. Hier fand am Dienstag eine von zirka 250 Personen besuchte öffentliche Wählerversammlung im Restaurant „Neu-Carlshof“ statt. Das Referat des Genossen Störmer über: „Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Reichstagswahlen“ wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion geißelte Genosse Luck das Verhalten der bürgerlichen Parteien in bezug auf die Person des Genossen Stadtthagen und forderte die Anwesenden auf, am Tage der Wahl vollauf ihre Schuldigkeit zu tun. Genosse Pätzold forderte die Versammelten auf, ihr Wahlrecht so früh wie möglich auszuüben. Der Genosse Stadtthagen müsse mit übergroßer Majorität gewählt werden.

Ein letztes Wort an die Wähler richtete Genosse Philipp Bernstein am Mittwoch in einer in Erfurter stattgehabten Versammlung. Sein Appell, mit aller Kraft für den sozialdemokratischen Kandidaten Artur Stadtthagen einzutreten, fand lebhaften Beifall.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Im sechsten Wahlkreis stehen uns folgende Lokale neu zur Verfügung: Restaurant zum Schäferpark, Müllerstraße 50 und Adolf Neumanns Klubhaus, Stoltschkestr. 10. Bitte auszuscheiden und der Lokalliste beizutreten! Die Lokalkommission.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Die Wahlkomitees der einzelnen Orte werden nochmals ersucht, die Wahlergebnisse auf dem schnellsten Wege nach dem Zentralbureau Charlottenburg, Rosinenstr. 8, gelangen zu lassen. Bei Telegrammen benutze man die Adresse: Dringend. Eberhardt, Charlottenburg, Stoltschhaus.

Schöneberg. Genossen, die gewillt sind, am Wahlkampf teilzunehmen, finden sich früh 8 Uhr bei E. Obst, Reimingerstr. 8, ein; desfalls ist auch das Wahlbureau. Diejenigen, die nur nachmittags helfen, stellen sich sofort ihren Bezirksführern zur Verfügung. Die Wahlergebnisse werden am Abend bei Obst bekannt gegeben.

Zue ein jeder seine Schuldbigkeit, niemand bleibe zu Haus! Auf zur Wahlkacht, auf zum Sieg! Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf. Die Genossen, die sich verpflichtet haben, heute den ganzen Tag bei der Wahl zu helfen, werden nochmals aufgefordert, sich früh 8 1/2 Uhr im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, einzufinden. Desfalls ist das Zentralbureau (Telephon Nr. 1455). Es ist notwendig, daß sich zur Bewältigung der Wahlarbeit im Zentralbureau noch mehr Mannschaften einstellen. Vor allem ergeht an die arbeitslosen Genossen das dringende Ersuchen, am Platze zu sein wo die Pflicht ruft. Alle übrigen Hilfskräfte, die den Schleppdienst verrichten wollen, werden auf folgende Weise in die Wahlbureau's aufzunehmen gemacht: 1. und 2. Wahlbezirk bei Bonczed, Halensee, Kurfürstendamm, 3. und 4. Wahlbezirk bei Laurad, Halensee, Kurfürstendamm 187, 5. und 7. Wahlbezirk bei Rezel, Falgburgerstraße Ecke Dinselbacherstraße, 8. und 9. Wahlbezirk bei Schmidt, Rosbacherstraße, 10., 11. und 12. Wahlbezirk bei Scholz, Andabstr. 15, 13., 14. und 15. Wahlbezirk bei Rietsche, Gasteiner, Ecke Solteimerstraße, 16., 17. und 18. Wahlbezirk im Luisenpark, Wiltschowskew 112, 19. und 20. Wahlbezirk bei Fiedelkow, Hildegardstraße Ecke Auguststraße, 20. und 21. Wahlbezirk bei Fischer, Durlacherstraße 8.

Jeder Genosse muß es als Ehrenpflicht betrachten, bei der Wahl behäuflich zu sein. Keiner bleibe der Arbeit fern! Heute abend werden im „Luisenpark“ die Wahlergebnisse verkündet. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute abend 9 1/2 Uhr findet im Lokale 32, Müller, Berlinerstr. 41/42, eine Wahlvereinsversammlung statt, in welcher die Wahlergebnisse bekanntgegeben werden. Der Vorstand.

Rummelsburg. Heute, Freitagabend, findet bei Weigel zur Verkündigung der Wahlergebnisse eine öffentliche Versammlung statt. Das Zentralwahlbureau für Rummelsburg befindet sich im Lokale von Zandereit, Lessingstr. 23.

Das Wahlkomitee.

Ober-Schöneweide. Den Genossen zur Kenntnis, daß heute abend 8 Uhr die Verkündigung der eintreffenden Wahlergebnisse stattfindet.

Die Parteipedition Treptow teilt mit, daß in den beiden Wahllokalen bei Habermann sowie bei Großmann der „Vorwärts“ nicht ausliegt und ersucht die Parteigenossen zwecks Information sich eventuell den „Vorwärts“ mitzubringen.

Reinholdsdorf-Dr. Das Amtsdirektorat befindet sich bei Brüdner, Probirstr. 82. Alle Offensen, die sich zur Verfügung stellen und noch nicht eingeleitet sind, melden sich von früh 8 Uhr ab; ebenso die Nachfahrer.
Die Verkündigung der Wahlergebnisse, auch von anderen Kreisen, erfolgt von 10 Uhr ab bei Kramlow, Schönholz 14. Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Telephonische Anfragen an die Redaktion am Wahlabend

Bitte wir zu unterlassen. Die Redaktion kann sich auf eine Beantwortung solcher Fragen nicht einlassen, da sie an diesem Abend stark in Anspruch genommen ist. Im übrigen ist dafür Sorge getragen, daß Wahlergebnisse schnellstmöglich in den zahlreichen einberufenen Versammlungen bekanntgegeben werden.

Der Berliner Lehrerverein besaßte sich am letzten Dienstag mit der neuesten Gehaltsvorlage des Magistrats; gegen 200 Mitglieder füllten den großen Saal des Kriegerheims, Chausseestraße. Der Magistrat will das Grundgehalt — vom vollendeten 4. Dienstjahre ab — auf 150 und die Alterszulagen auf 250, 300, 200, 300, 200, 250, 250, 250 M. — vom vollendeten 7. Dienstjahre in Zwischenräumen von je 3 Jahren — bemessen. Die neue Vorlage des Magistrats erfordert 408 000 M., der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung dagegen 528 000 M. zur Durchführung. Der Referent, Herr Bähler, wies darauf hin, daß eine wahrhaft liberale Kommunalpolitik den Lehrern vor einer Zersplitterung seiner Kräfte durch die Jagd nach Nebenverdiensten bewahren und es ihm ermöglichen sollte, seine volle Kraft in den Dienst der Schule zu stellen. In der Debatte kam viel von der gerechten Entlohnung, die sich während der nun 4-jährigen Gehaltsbewegung angeammelt, zum Ausdruck. Besonders hat in dieser Richtung die anscheinend absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung durch den Magistrats-Offiziösus gewirkt, dessen Leistungen in der Bürgerwehr die Meinung erwecken mußten, den Berliner Lehrern flögen die gebratenen Lenden nur so ins Maul. Die neueste Stala selbst scheint er allerdings nur der „Pädagogischen Zeitung“ zugänglich gemacht zu haben, die Tagespresse erfährt nur wieder mal von einer Million. Man sollte sich doch schämen, mit einer Erhöhung der Gesamtausgaben für die Gehälter der Fortbildungsschullehrer Staat zu machen, dokumentierte man damit doch nur, daß man einem Beamtenstande die Gelegenheit mehrte, durch Arbeit im Nebenamt das Einkommen auf das Maß des Notwendigen zu bringen. Falls nicht Methode darin liegt, sollte man sich im Magistrat für die Bearbeitung der Presse nach einer Art unschönen, die ihr Handwerk versteht. Als ein Vorzug der neuesten Vorlage wurde allseits anerkannt, daß sie einen Ausblick auf die geistlichen Stala bedeuten, die Gehaltsverhältnisse durchsichtiger gestalten und damit für die Zukunft die Möglichkeit nahezu aufheben würde, eine Gehaltsgruppe gegen die andere auszuspielen. Dieser tatsächliche Vorteil könne aber angesichts der Feuerungsverhältnisse unmöglich damit erkauft werden, daß nach vierjährigem Gehaltsstagnieren mehrere Dienstjahre ohne jede Aufbesserung bleiben. In wirtschaftlicher Beziehung bringe sie im wesentlichen das, was Charlottenburg seit 2 Jahren zahlt und für diesen Winter durch Gewährung von Teuerungszulagen als nicht ausreichend erweisen hat. — Gegen noch nicht 10 Stimmen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der Berliner Lehrerverein erklärt: Die wirtschaftlichen Verhältnisse fordern dringend eine erhebliche Aufbesserung der Gehälter sämtlicher Lehrer. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember v. J. kommt diesem Bedürfnis entgegen, indem er allen Lehrern Zulagen zwischen 50 und 250 M. gewährt. Die neueste Magistratsvorlage will zwar 2000 Lehrern eine Aufbesserung von 50—300 M. gewähren, 1000 aber sollen leer ausgehen. Diese 1000 stehen zum Teil in einem Lebensalter, in welchem die wachsende Familie eine Gehaltsaufbesserung ganz besonders nötig macht. Der Berliner Lehrerverein wünscht dringend, daß beide städtischen Behörden sich im Sinne des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember v. J. einigen.

Ueberschaue man das Ganze, so muß es im Interesse nicht nur der Lehrerschaft, sondern auch der Schule höchst bedenklich erscheinen, daß Herr Stadt in der Reichshauptstadt so intensiv Schule macht. Es ist kein schlechter Witz der Geschichte, daß man diejenigen, welche die heranwachsenden Staatsbürger glauben machen sollen, ganz vorne in der Welt in Preußen-Deutschland lächle ewig blauer Himmel, durch ungenügende Bezahlung und eigenartige amtliche Behandlung zur Ausführung dieser Mission selbst unfähig macht.

Die Tiefbaudeputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den Plänen der kaiserlichen Oberpostdirektion zur Herstellung von Tunneln zur elektrischen Beförderung von Briefwagen. Zunächst ist der von einem solchen Tunnel vom Potsdamer Bahnhof nach dem Hauptbriefpostamt in der Spandauerstraße, in einer Länge von 3,3 Kilometer geplant. Bewährt sich diese Beförderung, dann sollen Tunneln von diesen beiden Stellen aus nach sämtlichen Fernbahnhöfen, also dem Anhalter, Göttinger- und Schlesischen Bahnhof, von dort nach dem Briefpostamt und von da nach dem Seltiner Bahnhof, Lehrter- und Potsdamer Bahnhof gebaut werden, so daß eine Kreisbahn von einer Länge von 18,1 Kilometer entstehen würde, die von der ersten in einer Länge von 3,3 Kilometer geschnitten würde. Die Deputation gab ihre Zustimmung zu dem Projekt unter dem Vorbehalt, daß die Tunneln jeberzeit verlegt werden müssen, wenn sie anderen städtischen Unternehmen im Wege sind. Der Konsens soll auf 50 Jahre gegen eine mäßige jährliche Anerkennungsgelder erstellt werden. Mit der Ausführung der Tunneln, die übereinander liegen werden, soll baldmöglichst begonnen werden. Die Briefbeförderung wird nach Fertigstellung der Tunneln ganz bedeutend beschleunigt.

Ein Speisewagen ausgeraubt. Ein großer Silberdiebstahl ist in der gestrigen Nacht auf der Anhalter Bahn verübt worden. In der Nähe des Militärbahnhofs standen eine Reihe von D-Zugwaggons, darunter auch ein Speisewagen. Auf dessen wertvollen Inhalt hatten es in der vorliegenden Nacht Eindringler abgesehen. Gewaltig drangen sie in den Wagen und raubten ihn fast vollständig aus. Zur Deute fielen den Dieben 67 große silberne Gabeln, 40 kleine Gabeln, 41 Dessertlöffel, 39 Kaffeelöffel, 32 Tafelmesser, 50 Suppenteller, silberne Kaffeekannen, Gemüschüsseln usw. Die Täter, die unbemerkt mit der reichen Beute entkamen, konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Sieben Pferde und sechs Fuhrwerke gestohlen. Mit unglaublicher Dreistigkeit trieben in der letzten Zeit die Spezialisten auf dem Gebiete der Fuhrwerksdiebstähle ihr Unwesen. Nach Ansicht der Polizei handelt es sich um eine weitverzweigte Bande, die ihre Reize über ganz Berlin und auch die Vororte geworfen hat. Gewöhnlich werden zwei Mitglieder ausgesandt, und während der eine bei günstiger Gelegenheit auf den Hof unbeaufsichtigter Fuhrwerke hinaufspringt, die Fägel ergreift und davonjagt, bleibt der andere als „Bedung“ zurück. Hauptächlich ist es der Bande daran gelegen, in den Besten wertvoller Pferde und der Wagenladungen zu kommen. Die Fuhrwerke selbst lassen sie an entlegenen Orten herrenlos stehen, da sie ihnen vielleicht durch die Firmenzeichnungen zum Verräter werden könnten. Heute liegen wieder eine ganze Reihe dergleichen Diebstahls vor. Vor dem Hause Röhrenstraße 37 wurde dem Fuhrherrn Demke, Würtelstraße 26b, sein eigener Wagen entführt. Das Gefährt war mit Vorräten von Damenkleider- und Herrengarderobenstücken beladen und mit dunklem Nachts bespannt. D. erleidet einen Schaden von 1500 M. — In der Rantestrasse wurde ein Rollwagen der Firma Dedert u. Hays, Greifswalderstraße 37, gestohlen. Er war mit zwei Pferden bespannt und mit 2000 Chamotteplatten beladen. — Ein zweispänniger Geschäftswagen der Firma Paul Kollenh u. Co. wurde in der Steglitzerstraße entwendet. — Ein Gefährt der Weingroßhandlung Steinhardt u. Co., Laubenstraße 20, fand vor dem Hause

Dorotheenstraße 10 einen Diebstahl. — Schließlich wurde am Galteplatz in der Dorotheenstraße eine Droschke gestohlen. Es ist die Taxameterdroschke Nr. 4129. Sie war mit schwarzbraunem Pferde bespannt. — Der sechste und letzte Fuhrwerksdiebstahl endlich wurde in der Wollankstraße ausgeführt. Dort fuhr ein Dieb mit dem Geschäftswagen der Dachstraucherei von Fenzlid, Kaiserin Augustastrasse 15, davon.

Eine „noble“ Firma scheint die Firma Witz, Schumann & Co. m. b. H. zu sein. Die Arbeitszeit ist für gewöhnlich dort laut Kontrakt mit den Angestellten von 7 1/2 Uhr morgens bis 5 1/2 Uhr abends mit halbstündiger Mittagspause. Anlässlich der bevorstehenden Wahl erklärt die Firma nun an ihre Angestellten ein Rundschreiben etwa folgenden Inhalts: „Um jedem unserer Herren Angestellten Gelegenheit zu geben, sein Wahlrecht bequem ausüben zu können usw. wird für Freitag, den 25. d. M., die Mittagspause auf 2 1/2 Stunden festgesetzt.“ — und am Schlusse des Rundschreibens stehen die „schlichten“ Worte: „Abends wird dafür bis 8 Uhr gearbeitet.“

Das Verhalten der genannten Firma sieht recht unvorteilhaft von den Firmen, die ihren Angestellten am Wahltag den halben oder ganzen Nachmittags gänzlich freigeben.

Große Panik bei einem Brande gab es gestern nachmittag in der Fürstenstr. 9. Gegen 3 Uhr kam in dem Wirtschaftssteller, der über den ganzen Hof führt, aus nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das verschiedene mit Del und Pughappen besetzte Verchlänge erfasste und alsbald den ganzen Restraum total verqualmte. Als die Feuerwehr aus der Lindenstraße eintraf, war die Situation für sämtliche Mieter des fünfstöckigen Quergebäudes äußerst kritisch. Das Treppenhaus war infolge starker Verqualmung durchaus nicht passierbar und aus den Fenstern heraus wurde um Hilfe gerufen. Hier galt kein Säumen. Das Sprungtuch bereit halten! Obenbleiben und Türen schließen! Schalte es über den Hof. Schon krochen Feuerwehrmänner, Rauchschutzhelme fest vor die Nase gepreßt, die Treppe empor und schlugen dort die Treppensfenster ein. In wenigen Sekunden waren auch an der Hausfront zwei Leitertänge bis zur obersten Etage hergerichtet, auf denen die Hilfe bringenden Wehrtmänner nach oben kletterten und die gefährdeten Bewohner beruhigten. Bald war dem erstickenden Rauch Abzug verschafft und Lebensgefahr beseitigt. Allerdings hatte sich der Feuermann Lindemann beim Einschlagen der Fenster von der Leiter aus starke Schmittwunden zugezogen, doch waren die Bewohner gerettet. Das Feuer konnte mit zwei Rohren abgelöscht werden.

Feuer in einem Kinetographentheater. Ein größerer Brand kam gestern abend 8 Uhr in dem Kinetographentheater von A. Dudes an der Ecke der Kommandanten- und Neuen Grünstraße zum Ausbruch und zwar durch Entflammung eines Films. Die Vorstellung hatte eben begonnen, als plötzlich der Ruf „Feuer“ erscholl. Die Besucher, namentlich Kinder, stürzten durch einen Hinterausgang und erreichten alle glücklich das Freie. Als die sofort alarmierte Feuerwehr aus der Lindenstraße ankam, brannte das Theater in größerer Ausdehnung. Es mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden, um die Gefahr zu beseitigen.

Während der Ausübung seines Berufes überfahren und schwer verletzt wurde gestern der Straßenarbeiter Ludwig Herzog aus Schöneberg. Er hatte am Marktplatz in Friedenau auf dem Fahrdamm gearbeitet und das Herannahen eines Straßenbahnwagens der Linie F übersehen. Bevor der Führer den Waggon zum Stehen bringen konnte, war H. unter die Plattform gerissen und überfahren worden. Schwer verletzt wurde er von seinen Arbeitskollegen davongetragen.

Der Zentralverband der Steinarbeiter bittet um und Aufnahme folgender Notiz: Verloren ist das Mitgliedsbuch Nr. 85210 des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands. Der Finder wird gebeten, es an den Inhaber Gustav Reimann, geb. 12. 9. 69, wohnhaft N. 65, Adolfsstr. 20, gelangen zu lassen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania bietet der neue deloraltiv und Izenisch ausgestattete Vortrag „Die Feuergezeiten der Erde“ mit seinen packenden Darstellungen des Unterganges von St. Pierre, des Vesuvius, des Vesuvius und schließlich auch der Gesetzmäßigkeit im Wunderland Amerikas eine Fülle von Anregungen und veranschaulicht die unheilvollen Naturgezeiten, welche im Schoße der Erde wirken und in letzter Zeit so häufig die Menschheit in Mitleidenschaft gezogen haben.

Im Vater-Theater findet am heutigen Freitag die Eröffnung der Schönhauser Schwänke „Der Raub der Sabinerinnen“ statt.

Die Berliner Feuerwehr hat jetzt schwere Arbeit. Es brennt, wie der Berliner sagt, aus allen Knospen an allen Ecken und Enden. In der letzten Nacht war die Feuerwehr munterbrochen tätig. In einer Stelle in der Alexandrinenstr. 99 brannte es sogar zweimal um 8 und um 5 Uhr an verschiedenen Orten und in von einander getrennten Räumen; Fische, Risten, Frischböden usw. standen dort in Flammen. Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte den 15. Zug in der Weißestr. 6. Als Brandmeister Sommer als erster dort ankam, stand der Dachstuhl schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden und wurden von dem heftigen Winde immer wieder von neuem angefacht. Es mußte mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfdrück Wasser gegeben werden, bevor es gelang, die Gefahr zu beseitigen. Der Dachstuhl ist niedergebrannt. Gleichzeitig kam ein großer Fabrikbrand in der Raumstr. 55 am Raumplatz zum Ausbruch. Als die zweite Kompanie an der Brandstelle erschien, waren die Aufgänge bereits total verqualmt. Ueber Haken- und Stedleitern wurde vorgegangen und dann kräftig gelöscht. Es gelang, die Flammen auf einen Fabrikbetrieb zu beschränken. In beiden Fällen konnte die Entschädigung noch nicht ermittelt werden. Noch während die Feuerwehr dort tätig war, brannte in der Hollmannstr. 32 ein Lagerraum in großer Ausdehnung. Durch energisches Wassergeben konnten die Flammen auf den Lageraum beschränkt werden. Freilich um 1/5 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Pöbnerstraße 5 in Flammen, die auch das vierte Stockwerk erfassten. Der 8. Zug hatte längere Zeit nötig zu tun, um dort die Flammen zu löschen. Nach 6 Uhr kam dort zum zweitenmal in einem Bodenverflänge Feuer aus, das aber schnell unterdrückt werden konnte. Am Schillingenweg 25 brannte ein Pferdebestall und in der Chausseestraße 41 eine Stellmacherei. In einer Wohnung im dritten Stock des Hauses Panzigerstraße 31 gerieten Gardinen in Brand. Die Inhaberin der Wohnung, Frau Krause, wurde ohnmächtig in der Küche aufgefunden und durch Samariter der Feuerwehr wieder zum Bewußtsein gebracht. Nach Angaben eines herbeigeholten Arztes soll die Frau gemütskrank sein. In der Wohnung hatte es gestern schon einmal gebrannt, wobei Möbel den Flammen zum Opfer fielen. Ferner hatte die Wehr in der Schmidstr. 43, Bellealliancestr. 7/8, Putzmeisterstr. 3, Voßteingerstr. 25, Krausenstr. 31/32, Ubedomstr. 14, Fasanstraße 91, Schwedterstr. 50, Friedländerstr. 90, Soldatenstr. 71, Marienstr. 9 und zahlreichen anderen Stellen zu tun. In den meisten Fällen handelte es sich um Wohnungsbrände, die mit keinem Löschgerät gelöscht werden konnten.

Vorort-Nachrichten.

Sanftwisch.

Durch Kohlenbunk erstickt sind gestern nacht zwei Belehlinge des Schloßmeisters Ahimow, Seidelstr. 16. Die drei jetzt dort in der Lehre stehenden jungen Leute im Alter von 16—19 Jahren gänderten, da sich in ihrer über der Werkstatt belegenen Dachkammer kein Ofen befand, einen Eimer Kohlen an und legten sich zur Ruhe. Gestern früh wachte der Meister vergebens auf das Erscheinen seiner Lehrlinge. Er eilte zu ihnen hinaus und fand alle drei regungslos in ihren Betten liegen. Der die Stube erfüllende Dunst verriet es nur zu bald, was vorgefallen war. Die Feuerwehrcolonnen der Neuen Photographischen Gesellschaft in

Steglich wurde alarmiert und war mit ihren Samaritern bald zur Stelle. Aber obwohl sie mit höchstem Eifer das Rettungswort bejaunt, gelang es doch nur, einen der jungen Leute, den Lehrling Ulrich Friedemann, ins Bewußtsein zurückzurufen, während der Grobkopf und Kärenberger alle Wiederbelebungsversuche sich als vergebens erwiesen. Kärenberger stand kurz vor der Beendigung seiner Lehrzeit und sollte in den nächsten Tagen Geselle werden.

Röpenitz.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich vorgestern abend in der Grünauerstraße 8. Die Frau des Ruffschers Schilbhammer hatte gegen 6 Uhr abends die Wohnung verlassen und ihre beiden Kinder, ein vierjähriges Mädchen und einen zweijährigen Knaben, allein zurückgelassen. Die Kinder mußten sich an der Ofentür zu schaffen gemacht haben und diese war vermutlich nicht gut verschlossen, sie sprang auf und einige glühende Kohlen fielen auf den Fußboden. Jedemfalls kam der Knabe den Flammen zu nahe, seine Kleidung entzündete sich, und als auf das Geschrei der Kinder Hausbewohner hinzulamen, glückte der Kleine einer Feuerfäule. Die Flammen wurden zwar sofort durch Leberwergen von Deden erstickt, doch hatte der Kleine bereits so schwere Verletzungen erlitten, daß er im städtischen Krankenhaus in Röpenitz, wohin er gebracht wurde, bald nach seiner Entlieferung verstarb.

Potsdam.

Dachstuhlbrand. Durch die Ueberhitzung des eisernen Ofens in einer Vorkammerge des Hauses Am Kanal 23a entstand vorgestern abend um 8 1/2 Uhr ein Dachstuhlbrand, der bald größere Dimensionen annehmen drohte. Der rasch alarmierten städtischen Feuerwehr gelang es jedoch, das Feuer mit Hilfe zweier Schlauchleitungen und der Dampfdrücke auf seinen Herd zu beschränken. Infolge der Lage der Brandstätte erregte das Feuer großes Aufsehen, und der weitverbreitete Feuerschein lockte zahlreiche Neugierige herbei. Erst um Mitternacht gelang es die Flammen völlig zu dämpfen. Der Brand verursachte erheblichen Schaden und vernichtete den größten Teil des Dachstuhles.

Vermischtes.

Die Kälte.

Nachn, 24. Januar. Die grimmige Kälte hat in letzter Nacht etwas nachgelassen, erreichte in der Nacht zum Mittwoch mit 14,8 Grad ihren Höhepunkt. Aus der Nordseelagengegend werden Raitertemperaturen bis 23 Grad gemeldet. Bei Wilmshof tauchte infolge der Kälte ein aus neun Tieren bestehendes Raubwölfe auf, wovon zwei erlegt wurden, während die übrigen nach Belgien entflohen; auch bei Eisenborn wurde ein Wolf erbeutet, der sich nicht verheiden ließ. Füchse wagen sich bis an die Häuser heran und stehlen, was ihnen in den Weg kommt. Bei Courbradt wurde ein Arbeiter erfroren aufgefunden.

Brüssel, 24. Januar. Hier sind gestern drei Personen erfroren. Das Thermometer zeigt heute minus 17 Grad. Die Kanäle sind zugefroren. Auf der Schelde und der Raaf mußte die Schifffahrt eingestellt werden. Auch der Eisenbahnverkehr hat unter der Kälte stark zu leiden.

Laris, 24. Januar. Infolge der ungewöhnlich starken Kälte sind im Laufe des gestrigen Tages 9 Personen erfroren.

Rom, 23. Januar. In ganz Italien herrscht ungewöhnliche Kälte. Der in großer Menge gefallene Schnee stellt in Rom und Neapel ein seltenes Naturereignis dar. In Mailand waren heute 7 Grad Celsius unter Null, in Novigno 10, in Livorno 4 Grad. Auf der Linie Rom—Neapel werden die Züge durch den Schnee angehalten. Mehrere telephonische und telegraphische Linien sind unterbrochen.

Wieder ein Erdbeben in Kingston.

London, 24. Januar. Das „Kontinental Bureau“ meldet aus Kingston vom 22. d. Mts.: Seit dem 14. Januar erfolgten zwei sehr schwere Erdstöße, am letzten Dienstag ebenfalls zwei; mehrere Gebäude sind eingestürzt. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine große Beunruhigung. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 99 folgende Beiträge ein: Ueberschuß der Stammspende für Kollege Sachs der Firma Dieckmann 6,70. Mitglieder der Wagenbauvereine, Bezirk Berlin X 25,—. N. 2. 1.—. Werkstatt Siemens u. Schudert durch Jüterbog 6,45. Buchdrucker-Invalide S. 1.—. M. G. 10.—. M. G. Mitgliedbeiträge 1907 20.—. Schöneberger Droschkentaxi 3.—. Wandbrüderverein Paul, 5. Rate 7,20. Mann, Rev. Post 10,10. Organisierte Arbeiter in Dornbirn, Soraustr. 6,50. Ueberschuß von der amerikanischen Aktion bei Großlich, Wollaustr. 1,250. Ueberschuß von den Arbeitern der Tischlerei R. Lehmann, Kottbusdamm 25 4.—. Ernst Alise 2.—. Seppel 3,05. Sechsstoffe der Tischlerei Campbell u. Püllig 5.—. Arbeiter der Maschinenfabrik Kirch 6.—. N. 2. Stud. 5.—. Summa 124,50 M. Verzeichn. quittiert 18 250,31 M. Summa 18 374,81 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen genommen.

Verichtigung: In Nr. 19 soll es heißen: „Von den organisierten Gasarbeitern der Sektion Ia, Gaswerk Danzigerstraße aus der Sektionskasse“ statt: „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion I.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelschattschloß), Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Wuschabe und eine Anzahl an Werksachen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. S. 18. Leider ist das von Ihnen Vorgelegene kein Grund zur Entbindung vom Vertrag. Im Prosehbeweise wäre nichts zu erreichen, es ist allein der Weg der gütlichen Verständigung möglich. — G. S. 26. D. 23. Kein. — Rich. Die kommende Reichstagswahl dauert 5 Jahre, falls der Reichstag nicht inzwischen aufgelöst wird. — G. S. 58. Die Armenverwaltung müßte erst fragen. Ob Sie zur Zahlung verpflichtet sind, hängt davon ab, ob Sie die Unterstützung leisten können, ohne Ihren und Ihrer Familie standesmäßigen Lebensunterhalt und Ihre sonstigen Verpflichtungen zu beeinträchtigen. — G. 21. Ja. — M. M. 157. Der Vertrag läuft ohne besondere Kündigung mit dem 31. März 1907 ab. — Klühste. 1. Die Pferdebahnlinie nach Charlottenburg. — 2. Die Kosten der Tepeier Bahnen sind uns nicht bekannt. — M. S. 100. Sie müssen für Ihre Kosten Sorge tragen. — Hans 100. Lassen Sie die gesundheitsgefährdende Beschaffenheit der Wohnung durch einen Arzt bescheinigen, fragen Sie dann beim Amtsgericht um Aufhebung des Mietvertrages und um Schadenersatz und verbinden Sie mit der Klage einen Antrag auf Entlassung einer einwilligen Verfügung, durch welche Ihnen die frühere Räumung gestattet wird. — Päng 1000. Das Reichsgericht über die privaten Versicherungsgesellschaften vom 12. Mai 1901 ist inwieweit dasjenige, auf welches sich die Behörde bezieht. Das Gesetz können Sie, wie jedes Gesetz und jedes Buch durch die Buchhandlung Vorwärts beziehen. — S. 79. Kein. Wer in der Zeit vom 1. Januar bis 27. März dieses Jahres 70 Jahre alt wird, hat mindestens 640 Markenzulagen, um Altersversicherung zu erhalten. — D. 11. Ein angemessener Satz ist zu zahlen. In Ihrem Falle würde das Gericht etwa 50 oder 60 Mark monatlich für angemessen erachten. — M. M. 100. Sie können jeden Tag kündigen, wenn das Gegenstück nicht ausgemacht ist. — A. S. Moabit. Strafe würde schwerlich eintreten, da guter Glaube besteht. Es tut gut, wegen der Kündigung sich zu einigen. — S. 7. Teilen Sie Ihren Wunsch vor dem Termin dem Gericht mit.

Wasserstand am 24. Januar. Elbe bei Köpenick — Meter, bei Dresden — 66 sp., bei Magdeburg + 2,08 Meter, Elbe bei — 11 u. r. u. l. bei — Meter. — Oder bei Rathor — Meter. Wehrmündung — Meter. — Oder bei Bries — Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel + 0,82 Meter.

